

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Yvonne Paccaud (97): Als die AHV kam, war sie beim SGB. Seite 13

Stundenlohn: 2 Franken!

Brutale Büezer-Ausbeutung im Baselbiet aufgefliegen



Die **Lohn-Dumper** von Pratteln BL und der neuste **Angriff** der **Arbeitgeber** und des **Bundesrates** auf den Schweizer **Lohnschutz**. Seiten 4–5



Kundgebung für Klinik-Stellen

Tausende an Demo gegen Job-Abbau bei St. Galler Kantons-spitälern. Seite 2

Elch-Test für Elon Musk

Schwedische Büezer legen Tesla lahm. Sie wollen GAV. Seite 9

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Fehlende Betten: Die Frauenhäuser sind am Anschlag. Seite 3

Bleiben Sie ungeniert im Bett!

Wenn die Nase läuft und die Lunge rasselt, soll und muss man sich nicht zur Arbeit schleppen. Der grosse work-Ratgeber zu Krankheit und Recht.

Seiten 14–15



workedito
Anne-Sophie Zbinden

WIE WILD WIEDERHOLEN

«Und im übrigen bin ich der Meinung, Karthago müsse zerstört werden.» Dieser berühmte Satz wird Cato dem Älteren zugeschrieben, einem erzkonservativen Politiker im alten Rom. Er fühlte sich bedroht durch den Reichtum Karthagos, der antiken Stadt nahe dem heutigen Tunis. Und sagte den Satz bei jeder noch so unpassenden Gelegenheit. Seine unsinnige Wiederholung zeigte aber Wirkung, die Römer zerstörten die stolze Stadt am Mittelmeer.

GROTESK. «Und im übrigen bin ich der Meinung, die Ausländer seien schuld.» Dieser zerstörerische Satz ertönt sinnig von SVP-Exponenten zu allen noch so unpassenden

Müssten wir die Schuldigen für Nieselregen finden, die SVP wäre mit der Lösung sofort zur Stelle.

Gelegenheiten, und die stupide Wiederholung verfehlt ihre Wirkung nicht, wie die Wahlen gezeigt haben.

Die catoeske Posse

hat SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi zuletzt in der Arena vorgeführt: Schuld an den Energieproblemen? Die Migration. Schuld am Fachkräftemangel? Die Migration. Schuld an der Wohnungsknappheit? Die Migration. Müssten wir die Schuldigen für Nieselregen finden, die SVP wäre mit der Lösung sofort zur Stelle. Unbequeme Statistiken interpretiert sie als linkes Gewäsch.

ENG. Zum Beispiel die «Wohnungsnot». Das Bundesamt für Statistik hat jüngst die Gebäude- und Wohnungsstatistik 2022 veröffentlicht. Im Kanton Thurgau beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in einem Schweizer Haushalt 50,5 Quadratmeter. Einem migrantischen Haushalt stehen nur 34,3 Quadratmeter zur Verfügung, also 32 Prozent weniger. Im Schweizer Durchschnitt beträgt der Unterschied 31 Prozent (44,7 Quadratmeter für Schweizer, 30,9 für migrantische Haushalte). Eng ist also vor allem das SVP-Weltbild und die Wohnung vieler Migrantinnen und Migranten.

Enge Wohnverhältnisse reihen sich ein in die Migrationsgeschichte der Schweiz. Erst Anfang der 1990er Jahre gelang es den Gewerkschaften, einigermaßen anständige Zustände in den Saisonierunterkünften zu verankern: höchstens zwei Personen pro Zimmer, hygienische Minimalstandards, korrekter Kantinenservice. In der gleichen Zeit gelangen erfolgreiche Schritte zur Abschaffung des menschenunwürdigen Saisonierstatuts. So erfolgreich, dass der damalige Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Heinz Allenspach, die Gewerkschaften als «fünfte Kolonne der Schweiz», als Landesverräterinnen, betitelte.

FLANKIEREND. Saisoniers verdienten 1996 fast 14 Prozent weniger als gleich qualifizierte Einheimische. Diese Tieflöhne setzten generell die Löhne unter Druck und spalteten die einheimische und die migrantische Arbeiterschaft. Der Lohndruck verhalf dem Ruf nach der Abschaffung des Saisonierstatuts zu mehr Nachdruck. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 wurde es schliesslich abgeschafft. Im neuen Abkommen hatten drei wesentliche Merkmale des Saisonierstatuts keinen Platz mehr: Verbot des Familiennachzuges, keine berufliche und geographische Mobilität, Zwang zur Rückkehr. Gleichzeitig mit der Personenfreizügigkeit diskutierten die Gewerkschaften die flankierenden Massnahmen. Denn sie erkannten die Gefahr von Lohndumping und forderten Schweizer Arbeitsbedingungen für alle Arbeitenden in der Schweiz. Und mehr Kontrollen. Gegen Lohnschutz und Kontrollen sträubten sich die Arbeitgeber damals, und sie tun es auch heute wieder. In den aktuellen Verhandlungen mit der EU (Seiten 4 und 5).



PFLEGENOTSTAND: In St. Gallen haben 3000 Pflegerinnen und Sympathisanten demonstriert. FOTO: KEYSTONE

St. Galler Spitäler: Menschenmassen gegen Massenentlassung «Es braucht uns alle!»

Das Management der St. Galler Spitäler will 440 Stellen amputieren. Vor allem in der Pflege. Gegen diese kranke Massnahme gingen 3000 Menschen auf die Strasse.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Nach dem Motto «zu Tode gespart» trägt der Demozug in St. Gallen einen Sarg durch die Stadt. Der Grund: In den Kantonsspitalern St. Gallen wurde eine Massenentlassung angekündigt. Betroffen sind 440 Stellen. (work berichtete: rebrand.ly/massenentlassung-stgallen). Wut und Enttäuschung der Betroffenen sind gross. Pflegefachfrau und Unia-Mitglied Samira Bischof (29) ist immer noch schockiert: «Ich bin jetzt schon 10 Jahre im Spital angestellt, und die Massenentlassung macht mir Angst. Ich wüsste nicht, was schlimmer wäre: die Kündigung oder bleiben zu können, aber unter noch höherem Druck weiterarbeiten zu müssen.»

Ihre Ex-Kollegin Flora Shabani (33) unterstützt sie bei der Demo. Lange hat sie ebenfalls für das Spital gearbeitet, bis sie vergangenen Januar gekündigt hat: «Die Umstände für uns Pflegerinnen und Pfleger wurden immer schlechter. Es hat an

Wertschätzung gefehlt, und die gipfelt jetzt in der Massenentlassung.»

OHNMACHT

Der Protestzug startet mittags auf dem St. Galler Kornhausplatz. 3000 Menschen kommen zusammen. «Es braucht uns alle!» skandieren sie. Auf die Passantinnen und Passanten, die an diesem Samstag bereits erste Weihnachtseinkäufe tätigen, stösst der Demozug auf Sympathie. Weil es alle braucht und alle betrifft, schliessen sich einige solidarische St. Gallerinnen und St. Galler an.

Auch Lernende vom Kantonsspital demonstrieren, darunter Julia González* (17) und ihr Mitstift Manuel Dubach* (17). Weil beide noch in Ausbildung sind und Angst vor Konsequenzen haben, sprechen sie nur anonym mit work. González: «Obwohl wir Lernende geschützt sind, trifft uns diese Massenentlassung sehr. Wenn jetzt noch weniger Personal da ist, haben die Pflegerinnen und Pfleger noch weniger Zeit für unsere Ausbildung.» Für Dubach geht es um viel: «Ich bin hier, weil ich mir Sorgen um meine Zukunft mache. Ob ich nach der Lehre bleiben kann, steht nach dieser Entlassungswelle in den Sternen.»

Edith Wohlfender, Geschäftsleiterin des Schweizer Berufsverbandes

* Namen geändert

der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Ostschweiz, versteht die Sorgen: «Unter der Belegschaft waltet ein Ohnmachtsgefühl. Für grosse finanzielle Versäumnisse vom Spital müssen jetzt die Pflegekräfte mit ihren Jobs zahlen.» Dem schliesst sich Viviane Hösli, Zentralsekretärin

«Ich bin hier, weil ich mir Sorgen um meine Zukunft mache.»

MANUEL DUBACH*, LERNENDER

Gesundheit bei der Gewerkschaft VPOD, an: «Diese Massenentlassung ist ein Entscheid aus der Teppichetage, ohne die Realität des Personals zu kennen.»

FINANZSPRITZEN – JETZT

Die Demo endet am St. Galler Marktplatz. Mit kreativen Plakaten, lauten Pfiffen und Parolen wie «Wir sind hier, wir sind laut, weil es gute Pflege braucht» setzen sie ein starkes Zeichen. Samuel Burri, Co-Verantwortlicher Pflege und Betreuung der Unia, fordert jetzt endlich konkrete politische Verbesserungen: «Die Entlassungen in St. Gallen zeigen, wie tief die Pflege in der ganzen Schweiz in der Krise steckt. Um den Schaden nicht noch weiter zu vergrössern, braucht es jetzt politische Finanzspritzen.»

PFLEGE IM FOKUS PETITION UND AKTIONSTAG

● Aktuell können von der Massenentlassung Betroffene aus dem Kanton St. Gallen eine Petition unterschreiben, die am 27. November an den Kantonsrat übergeben wird (rebrand.ly/petition-pfleger). Bereits über 5000 Unterschriften sind eingegangen.



● Am 22. November findet der Aktionstag der Pflege statt. Die Unia veranstaltet in Zürich, Delémont und sechs weiteren Städten Aktionen (rebrand.ly/aktionstag-pfleger).

work bleibt work – und bewegt sich doch Die Zeitung der Gewerkschaft ist bereit für die digitale Zukunft

work erscheint als Zeitung neu im Drei-Wochen-Rhythmus. Und ist digital noch schneller am Puls der Zeit.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Als work vor über 20 Jahren das Licht der Welt erblickte, war Druck noch Trumpf. Den Weg ins Internet mussten wir uns knapp nicht mehr mit lautem Einwählen erkämpfen, bei den Handys war eine Taste für drei Buchstaben noch gang und gäbe. Smartphones waren noch nicht in aller Hände.

Mittlerweile ist work erwachsen und wie viele Erwach-



ONLINE: work ist auf allen Kanälen. FOTO: YOSHIKO KUSANO

sene fast ständig am Handy. Oder zumindest auf dem Handy: auf der work-Website, auf Facebook, Instagram, Twitter & Co. Damit work auch in den nächsten 20 Jahren weiterhin gedeiht, müssen wir mit der Zeit gehen, und die Zei-

chen der Zukunft stehen auf Digital. Und deshalb wollen wir dafür sorgen, dass wir Sie überall dort erreichen, wo Sie sich gerade befinden.

Doch work wird weiterhin als gedruckte Zeitung erscheinen, allerdings ab 2024 statt vierzehntägig im Drei-Wochen-Rhythmus, also 15 statt 21 gedruckte Ausgaben pro Jahr. Aber work bleibt work: ob

Wir geben weiterhin Búezerinnen und Búezern das Wort.

Print oder Web, ob Video oder Insta-Post. Wir bleiben die Zeitung der Gewerkschaft. Wir

nennen weiterhin Lohndumper und Ausbeuter beim Namen, geben Búezerinnen und Búezern das Wort, erklären die Welt und die Wirtschaft von unten. Feministisch, links und mit einer Prise Humor.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter?

work nennt die Namen – auch online!

W www.workzeitung.ch

f work – die Zeitung der Gewerkschaft

ig @workzeitung

Ausgelastet: Letztes Jahr flüchteten 121 Frauen in die Berner Frauenhäuser

«Wir brauchen dringend mehr Schutzplätze»



ZUFLUCHTSORT: Im geheim gelegenen Berner Frauenhaus finden die Frauen Schutz vor ihren gewalttätigen Partnern. Die Kinderzeichnung trägt den Titel «Eine freche geschelte Frau». FOTOS: NICOLE PHILIPP / TAMEDIA AG

Seit sieben Jahren arbeitet Anna Tanner als Sozialarbeiterin im Berner Frauenhaus. Für sie ist klar: Solange Männer in Machtpositionen übervertreten sind, werden Frauen systematisch unterdrückt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Frauen kommen ins Frauenhaus, wenn sie keinen anderen Ausweg aus ihrer Gewaltbeziehung finden», sagt Anna Tanner (34). Sie arbeitet schon viele Jahre als Sozialarbeiterin im Frauenhaus Bern. Aktuell sind sieben Frauen und sechs Kinder bei ihnen untergebracht. Die Betreuungsplätze sind ausgelastet – wie immer.

Ein Frauenhaus bietet Frauen aus Gewaltbeziehungen Schutzplätze. Wo das Haus steht, bleibt aus Sicherheitsgründen streng geheim. Weitere Sicherheitsvorkehrungen: keine Handys mit Ortungsdienst, keine Fotos, sämtliche Post geht an ein Postfach, und jede Person, die vom Frauenhaus weiss, ist zur Geheimhaltung verpflichtet. «Der Schutz der Frauen steht an oberster Stelle», so Tanner. Denn sie weiss, wie gefährlich die Situationen der Frauen sind. Teilweise flüchten sie aus lebensbedrohlichen Partnerschaften.

ZU WENIG PLÄTZE

Anna Tanner sagt: «Bei der Aufnahme erleben wir seelisch enorm verletzte und sehr verzweifelte

Frauen. Alle, die bei uns ankommen, befinden sich in tiefen Krisen.» Der erste Kontakt mit dem Berner Frauenhaus entsteht oft durch die 24-Stunden-Hotline «Appelle» (rebrand.ly/appelle). Dort erhalten Gewaltbetrof-



«Wir erleben seelisch enorm verletzte Frauen.»

ANNA TANNER, SOZIALARBEITERIN

fene eine erste Beratung und Zuweisung in ein Frauenhaus. «Sind die Frauen in erheblicher Gefahr, werden sie in ein Frauenhaus weiter weg zugewiesen», sagt Tanner. Die Frauenhäuser sind über die Kantonsgrenzen hinaus miteinander vernetzt, im Kanton Bern gibt es Häuser in Bern, Biel und Thun. Aktuell zählen die Schweiz und Liechtenstein 23 Frauenhäuser mit 202 Familienzimmern und 419 Betten. Viel zu wenige. Deshalb fordert Tanner: «Wir brauchen dringend mehr Schutzplätze für Frauen.»

Auch der Europarat kritisiert die Schweiz für unzureichende Schutzplätze. Die aktuelle Anzahl müsste sich vervierfachen, damit sie der Empfehlung vom Europarat entspricht. Dass Frauen dringend Schutz vor Gewalt benötigen, zeigen die aktuellen Zahlen zu den Femiziden in der Schweiz: Allein im Jahr 2023 wurden bereits 17 Frauen durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Und die Gewalt nimmt jährlich zu: Im Jahr 2022 wurden fast 8000 Frauen Opfer von häuslicher Gewalt, das sind zehn Prozent mehr als noch vor fünf Jahren.

Für die Aufnahme in ein Frauenhaus wird ein Treffpunkt an einem belebten Ort in der Stadt ausgemacht. Kommen die Frauen mit Kindern und haben zu viel Gepäck dabei, holt sie ein Taxi zu Hause ab. In einigen Fällen werden die Frauen zu Hause so stark bedroht, dass die Polizei sie ins Frauenhaus fahren muss. Teilweise brauchen die Frauen für ihren Schutz auch äussere Veränderungen wie etwa eine neue Haarfarbe.

KEIN KONTAKT ZUM PARTNER

Nach der Ankunft im Frauenhaus erhalten die Frauen Unterstützung in allen Belangen: Eine Sozialarbeiterin hilft ihnen, einen neuen Job, eine neue Bleibe und in einigen Fällen auch Unterstützung bei der definitiven Trennung vom gewalttätigen Partner zu bekommen. Das sei nicht immer einfach, sagt Tanner: «Es gibt Frauen, die zurück zu ihren gewalttätigen Männern ziehen. Einige der Frauen suchen mehrmals Zuflucht im Frauenhaus, bis sie den Mut finden, sich definitiv zu trennen.» In Bern bleiben die Frauen durchschnittlich 46 Tage im Frauenhaus.

Und wie reagieren die Täter auf den Aufenthalt der Partnerin im Frauenhaus? «Das ist extrem unterschiedlich. Wir erleben von den Tätern alles zwischen Verzweiflung, Überforderung und Wutausbrüchen. Vom Betteln, dass die Frau doch nach Hause kommen soll, bis zur Morddrohung», sagt Tanner. Deshalb ist wichtig, dass während des Aufenthalts im Frauenhaus der Kontakt zum Partner nicht besteht. Einzig den Kindern wird der Kontakt zum Vater erlaubt.

FEHLENDE GLEICHSTELLUNG

Alle Frauen, die im Frauenhaus betretet werden, haben häusliche Ge-

Veranstaltungen: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Am 25. November starten schweizweit die 16 Tage gegen Gewalt. Mit Vorträgen, Workshops, Konzerten und Lesungen wird in der ganzen Schweiz auf die systematische Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. Über 170 Veranstaltungen sind geplant, das ganze Programm unter www.16tage.ch.

walt erlebt: psychische Gewalt in Form von Drohungen, Beleidigungen oder Kontrolle. Oder physische Gewalt wie Schläge und andere Körperverletzungen sowie sexuelle Gewalt wie Nötigung und Vergewaltigung. Sich daraus nicht lösen zu können hängt oft auch mit der finanziellen Abhängigkeit oder mit ökonomischer Gewalt zusammen. Das heisst: Die Partner verunmöglichen den Frauen den Zugang zum gemeinsamen Geld. In Extremfällen werden sogar Schulden auf den Namen der Frau gemacht. «Oft sind es auch Kombinationen der Gewalten, die bereits mehrere Jahre andauern», sagt Tanner.

Kurzfristig müsse man die Schutzplätze deutlich aufstocken, meint Tanner, die selbst auch politisch bei der SP aktiv ist. Doch langfristig nütze nur ein grundsätzliches Umdenken: «Solange in unserer Gesellschaft keine Gleichstellung gilt und Männer in Machtpositionen übervertreten sind, werden Frauen weiterhin systematisch benachteiligt und unterdrückt. Oder noch schlimmer: Opfer von Gewalt.»

Militär kann sie nicht brechen

DHAKA. Trotz massiver Militärgewalt und vier Toten geht der Textilarbeiterinnen-Streik in Bangladesh weiter. 150 Fabriken stehen still. Die Frauen protestieren gegen den Vorschlag des Arbeitsministeriums, den neuen monatlichen Mindestlohn auf 12 500 Taka (102 Franken) festzulegen. Überlebensnotwendig wäre das Doppelte davon, sagen unabhängige Textilgewerkschaften. Sie appellieren an die Vernunft der Modekonzerne. Bisher erfolglos. Nur der Outdoorausrüster Patagonia hat höhere Einkaufspreise zugesichert.

Giesserei zahlt 4% mehr für alle

OBERBURG BE. Freude herrscht in der Emmentaler Eisengieserei Nottaris! Das Traditionsunternehmen zahlt ab Januar generell 4 Prozent mehr Lohn sowie eine dienstaltersabhängige, einmalige Pauschale von 500 bis



MEHR LOHN: Büezer in der Giesserei Nottaris. FOTO: ZVG

2000 Franken. Das Ergebnis kam zustande, nachdem die Personalkommission die Unia in die Verhandlungen einbezogen hatte. Unia-Sekretär Ivan Kolak: «Angesichts der Teuerungsrückstände der letzten Jahre ist das Ergebnis wegweisend für die gesamte Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie.»

Menschenhandel: Bequeme Schweiz

LAUSANNE. Wer von Menschenhändlern ausgebeutet wird, geht selbst bei einer Verurteilung der Täter oft leer aus. Melden diese nämlich Insolvenz an, gibt es nichts zu holen. Und die Kantone müssen entgangene Löhne nicht entschädigen. So lautet ein Leitescheid des Bundesgerichts vom 8. November. Allerdings wird demnach wohl bald eine Gesetzesänderung nötig. Als Unterzeichnerin der Europaratskonvention gegen Menschenhandel ist die Schweiz verpflichtet, eine Entschädigung zu gewährleisten, etwa durch einen Entschädigungsfonds. Ein solcher Fonds sei überfällig, sagt Unia-Fachexpertin Marie Saulnier Bloch.

Durchbruch in Hollywood

LOS ANGELES. Nach fast vier Monaten Streik konnten sich die Schauspieler-Gewerkschaft und der Verband der Studios in Hollywood einigen. Die Gewerkschaften erkämpften höhere Honorare, eine Beteiligung der Schauspielerinnen und Schauspieler an den Einnahmen von Streamingdiensten sowie Einschränkungen beim Einsatz von künstlicher Intelligenz. Zahlreiche Filmstarts mussten wegen des Doppelstreiks der Drehbuchautorinnen und der Schauspieler verschoben werden.

EU-Abkommen 2.0: Bundesrat und Arbeitgeber gefährden Schweizer Lohnschutz

Nichts gelernt und alles schon wieder vergessen?

Man kann es sich kaum vorstellen, und trotzdem ist es so: Die Marktradikalen in der Schweiz und in der EU greifen den Schweizer Lohnschutz erneut an. Und wieder versuchen sie es über ein «institutionelles Abkommen».

CLEMENS STUDER

Kurzer Rückblick: Sieben Jahre lang verhandelte die Schweiz mit der EU über ein Rahmenabkommen, das die bisherigen bilateralen Abkommen konsolidieren sollte und den «autonomen Nachvollzug» institutionalisieren. Das war ein eher zähes Unterfangen. Dann wurde im Herbst 2017 der biegsame Ignazio Cassis von der FDP dank der SVP Bundesrat. Mit Unterstützung

Die Gewerkschaften fordern jetzt echte Verhandlungen vom Bundesrat.

des marktgläubigen Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) aus dem Wirtschaftsdepartement überschritt Außenminister Cassis dann – ganz im Sinne der SVP – die vom Gesamtbundesrat vorgegebenen roten Verhandlungslinien. Er wollte den Schweizer Lohnschutz opfern und die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit gleich mit. Das ist ein alter Traum der Rechtsparteien und der Wirtschaftsverbände. Doch Cassis hatte die Rechnung ohne den damaligen SGB-Präsidenten Paul Rechsteiner gemacht. Dieser bemerkte den rechtsbürgerlichen Trick, zog im Sommer 2019 die Notbremse und verweigerte weitere Verhandlungen.

AUFGEFLOGEN, ABGESTÜRZT

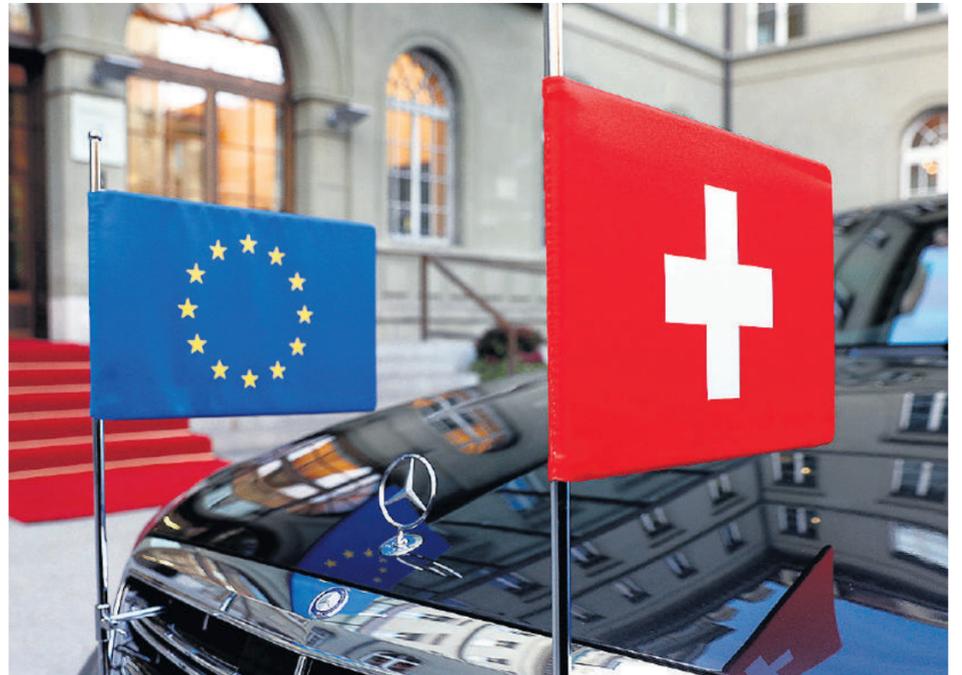
Eilige Rettungsversuche unter dem damaligen Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und eine Propaganda-Offensive von Wirtschaftsverbänden, den rechten Grünen von der GLP und ein paar Rechtssozialdemokraten gegen die Gewerkschaften liefen zwar nicht medial, aber real ins Leere. Nicht zuletzt, weil die Schweizer Gewerkschaften von den europäischen in ihrem Kampf für den Lohnschutz unterstützt wurden und werden. Und ebenso von sozialen Kräften im EU-Parlament (work berichtete: rebrand.ly/eu-parlament-lohnenschutz).

NEUER ANLAUF, ALTE FEHLER

Seither scheinen die Marktradikalen hüben und drüben nichts gelernt zu haben. Der SGB jedenfalls ist «sehr besorgt» um die Sondierungsgespräche auf technischer Ebene. Und das beschreibt den aktuellen Zustand noch zurückhaltend. Denn die Bundesverwaltung hat in den Gesprächen einen Abbau des Lohnschutzes und des Service public zugestimmt: Arbeitnehmende, die vom Ausland in die Schweiz entsandt werden, würden keine Schweizer Spesen mehr erhalten, und die Sanktionsinstrumente der Kautions- und der Dienstleistungssperre würden ihre Wirkung verlieren. Und der Lohnschutz dürfte die Schweiz zwar dem Wortlaut nach wie bisher kontrollieren, aber er stünde unter dem Generalverdacht, den Marktzugang der Firmen zu behindern. Und dieser würde künftig stärker gewichtet als das Prinzip «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz». Allfällige innenpolitische Sicherungsmassnahmen, die unabhängig von den Verhandlungen mit der EU beschlossen werden könnten, scheiterten bisher am Widerstand der Arbeitgeberverbände.

ROTE LINIE BLEIBT

Die Gewerkschaften fordern vom Bundesrat jetzt echte Verhandlungen mit der EU. Der hat vergangene Woche beschlossen, ein Verhandlungsmandat mit der EU auszuarbeiten. Wenn er sich dabei auf die Ergebnisse der «Gespräche auf technischer Ebene» stützt, ist der Schweizer Lohnschutz nicht mehr gesichert. Der Grundsatz «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» war, ist und bleibt die rote Linie der Gewerkschaften. Wird diese überschritten, hat ein Abkommen zu Recht keine Chance in einer Volksabstimmung. Unia-Präsidentin Vania Alleva bringt es so auf den Punkt: «Wir Gewerkschaften stehen ein für die Personenfreizügigkeit, für die Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung der Arbeitnehmenden unabhängig von ihrer Herkunft, weil nur gleiche Rechte für alle auch starke Rechte für alle sind. Das ist nur mit wirksamen flankierenden Massnahmen für den Lohnschutz möglich.»



KLARE ANSAGE: Die Gewerkschaften dulden kein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, in dem der Schweizer Lohnschutz nicht vollumfänglich gesichert ist. FOTO: KEYSTONE

ANGRIFF 1: AUF DIE SPESEN

Arbeiterinnen und Arbeiter, die von EU-Firmen in die Schweiz geschickt werden, sollen nur noch die Spesen erhalten, die sie im Herkunftsland ihrer Firma zugute hätten. Das öffnet Lohndumping Tür und Tor. Eine kleine Rechnung: Ein Arbeitnehmender isst einen Monat lang über Mittag auswärts (21 Tage) und fährt pro Woche 200 Kilometer mit dem Privatwagen. Laut dem Bau-LMV erhält er 336 Franken Essensspesen und 560 Franken Autospesen. Total 896 Franken. Andere Verträge sind grosszügiger: im GAV Gebäudehülle wären es 1253 Franken und im Untertagebau 1920 Franken. Dazu kommen die Unterkunftsspesen. Hier sind die realen Kosten geschuldet, oder der Arbeitgeber muss eine Unterkunft stellen. Gemäss Seco-Weisung zum internationalen Lohnvergleich ist eine Übernachtung inklusive Frühstück mit 150 Franken und ein Nachtessen mit 20 Franken einzusetzen. Macht für 21 Tage 3570 Franken.



WETTBEWERBSVERZERRUNG: Wenn Arbeitgeber- und EU-Vertreter da von «Peanuts», also Erdnüsschen, reden, haben sie entweder einen gigantischen Verbrauch – oder schlicht keine Ahnung von den Haushaltsbudgets der meisten Menschen in diesem Land. Und wenn entsandte Lohnabhängige in der Schweiz nur noch – zum Beispiel – bulgarische Spesen erhalten, müssen sie offiziell definitiv in sehr prekären Verhältnissen leben. Arbeitgeber-Funktionären dürfte das aus ideologischen Gründen egal sein. Weniger egal wären hingegen ihren Mitgliedsfirmen die dadurch entstehenden Wettbewerbsverzerrungen.

Frech, frecher, Fiala: Für die FDP-Frau sind 1000 Franken und mehr eine «Lunchbox»



DORIS FIALA: Verhöhnt mit ihren Aussagen einmal mehr die Lohnabhängigen. FOTO: KEYSTONE

Wie wenig die bürgerlichen Parteien der Schutz der Schweizer Löhne kümmert, bringt die abtretende FDP-Nationalrätin Doris Fiala auf den Punkt. Die Haltung der Gewerkschaften ist ebenso einfach wie klar: Wer in der Schweiz arbeitet, muss einen Schweizer Lohn verdienen. Und ebenso stringent ist die gewerkschaftliche Position zu den Verhandlungen mit der EU über institutionelle Abkommen: Ja zu Rahmenabkommen, aber zu solchen, die Schweizer Löhne effizient schützen und ermöglichen, diese noch effizienter zu schützen. Daran hat sich nichts geändert. Das ärgert bürgerliche Politikerinnen und Politiker ungemein. Weil sie ja nicht öffentlich zugeben möchten, dass ihren Sponsoren ein schwacher Lohnschutz noch so recht wäre. Darum versuchen sie, die Gewerkschaften als rückständige Truppen darzustellen, die einfach nicht begreifen wollen, dass der Lohnschutz ja bereits gesichert sei.

FRECH WIE FIALA. Als erste wieder in das Spielchen eingestiegen ist die abtretende Zürcher

FDP-Nationalrätin Doris Fiala, seit Jahren mit Wohnsitz im schönen und teuren Engadin. Auf Tele Züri erklärte sie dem staunenden Lokal-TV-Publikum: «Nein, es geht nicht um den Lohnschutz. Am Schluss geht's euch (gemeint sind die Gewerkschaften, Anm. d. Red.) um Lunchpakete.» Der Duden definiert Lunchpaket als «kleines Paket mit Verpflegung für die Teilnehmer an einem Ausflug o. Ä.». Mit «Lunchpaket» meint FDP-Frau Fiala in Tat und Wahrheit aber 1000 Franken und mehr pro Monat, die Lohnabhängige weniger ausbezahlt bekämen, würden die Vorstellungen von Arbeitgebern und EU-Delegation umgesetzt (siehe Box oben rechts). 1000 Franken – für Fiala ein «kleines Verpflegungspaket». Für die Mehrheit in diesem Land viel Geld, sehr viel Geld.

NACHTEINKAUF. Verhaltensoriginelle Auftritte begleiten Doris Fialas politische Karriere seit je. Schon fast Kult sind ihre Ansichten zur Arbeitszeit von Verkäuferinnen und Verkäufern. Die sollen gefälligst rund um die Uhr und sieben Tage die Woche ran. 2012 war sie als «eine jener urbanen Persönlichkeiten, die auch nachts einkaufen gehen könnten» für eine entsprechende Initiative. Dieses Einkaufserlebnis wollte daraufhin eine Gruppe Verkäuferinnen Fiala ermöglichen und machte sich mit Kleidern und Lebensmitteln morgens um 1 Uhr auf zu ihrer Wohnung. Fiala war nicht amüsiert und sagte: «Ich bin schon im Pyjama, im Bett und habe geschlafen.» Sie riet den Verkäuferinnen, sich doch einen anderen Job zu suchen, wenn sie nachts nicht arbeiten wollten. Ein Lunchpaket bot sie ihnen nicht an. Das Video ist weiterhin online und lohnt sich: rebrand.ly/fiala. Genauso wie ein genauer Blick, wenn Bürgerliche von gewährleistetem Lohnschutz reden. (cs)

ANGRIFF 2: AUF BAHNEN UND BUSSE

In vielen Gebieten der EU sind ehemalige staatliche oder staatlich subventionierte Angebote verschwunden. Privatisierungswahn. Und dort, wo zu wenig Profit winkt, gibt es auch keine privaten Angebote. Dumpingwettbewerb auf gewinnbringenden Strecken zulasten der Staatsbahnen hat dazu geführt, dass Nebenlinien nicht mehr quersubventioniert werden können und geschlossen werden. Solche Zustände drohen auch in der Schweiz, zumindest die «Sondiergespräche» der Bundesverwaltung bieten dies der EU an. Sogenannte Liberalisierungen gefährden den Service public. Das Schweizer Volk hat sich in Abstimmungen immer wieder zu diesem bekannt.



GESCHEITERTE EU-LIBERALISIERUNG: Die Menschen in diesem Land lehnen deshalb eine ÖV-Liberalisierung ab, wie sie von Teilen der EU-Kommission gefordert und von der Schweizer Bundesverwaltung offensichtlich zumindest in Kauf genommen wird. Auch dabei geht es den Gewerkschaften nicht um nationalistische Abschottung. Sondern sie befinden sich in Übereinstimmung mit den europäischen Arbeitnehmerorganisationen. Gerhard Tauchner ist der oberste Eisenbahner-Gewerkschafter Österreichs. Sein Fazit ist illusionslos und knallhart: «Die EU-Eisenbahnliberalisierung ist offensichtlich gescheitert.»

ANGRIFF 3: AUF DEN STROM

Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ist ein alter Wunschtraum der Stromindustrie und ein Fetisch der Marktradikalen. Via EU-Abkommen möchten sie diese jetzt auch in der Schweiz durchsetzen. Dabei ist es noch kaum ein Jahr her, als die lautesten Lautsprecher der Strommarktliberalisierung ganz kleinlaut wurden: Der Gewerbeverband wollte seine von ihm in den «freien Markt» getriebenen Mitglieder wieder unter den Schutzschirm des regulierten Marktes stellen. Was war passiert?

EXPLODIERENDE PREISE: Die Preise im gepriesenen freien Markt waren explodiert. Die «Einmal frei, immer frei»-Jubler hatten existenzbedrohende Rechnungen im Haus. Den work-Hintergrund zum Strompreis-System gibt's hier: rebrand.ly/kein-unfall. Dass es in der Schweiz überhaupt noch einen regulierten Strommarkt für Haushalte gibt, ist ein Erfolg der Gewerkschaften: Am 22. September 2002 lehnte das Volk die vollständige Liberalisierung des Strommarktes ab. Die Gewerkschaften hatten das Referendum ergriffen. Die damalige SP-Bundeshausfraktion musste zuerst von der Parteibasis zur Besinnung gebracht werden.



ABBRUCH: Hier wird das alte Rohner-Areal dem Erdboden gleichgemacht. Auf der Baustelle schufteten Arbeiter vorher für einen Hungerlohn. FOTO: ZVG



FlaM-Kontrolle deckt extremes Lohndumping auf Fabrikrückbau zum Zweifränkler-Lohn

Mit der Konkursmasse einer Chemiefabrik in Pratteln BL machen drei Firmen den grossen Reibach – auf dem Rücken von 130 Metallbauern aus Osteuropa und des heimischen Gewerbes.

JONAS KOMPOSCH

Es ist der blanke Wahnsinn! 2 Franken und 16 Rappen. So «viel» verdiente Metallbauer Pjotr Miroslaw* (50) pro Stunde. Aber nicht etwa in seiner Heimat in Polen, sondern in Pratteln im Baselbiet. Dort war Miroslaw Anfang 2021 mehrere Monate im Einsatz – zusammen mit bis zu 130 weiteren Arbeitern aus Litauen, Lettland und Polen. Ihre Aufgabe: Zerlegung der gesamten Produktionsstätte der konkursgegangenen Chemiefabrik Rohner. Das Werkgelände an bester Lage hatte sich die Basler Hiag unter den Nagel gerissen. Der Immobilienentwicklerin gehören schweizweit schon über

* Name geändert

40 ehemalige Industrieareale. Und ihre «Aufwertung» erweist sich als wahre Goldgrube: Mit einem Vermögen von 500 bis 600 Millionen Franken rangiert die Hiag-Besitzerfamilie Grisard auf der «Bilanz»-Liste der 300 Reichsten. Doch auch die deutsche KD Pharma mit Sitz in Lugano hatte in Pratteln ein grosses Geschäft gewittert.

DREI VIERTELMILLION ZU WENIG

Sie krallte sich an die komplette Produktionsanlage von Pleite-Rohner. Dies mit dem Ziel, die Anlage eins zu eins in England wieder aufzubauen. Kosten sollte die Fabrik-Züglete aber möglichst nichts. Das zeigt jetzt ein druckfrischer Prüfbericht der Arbeitsmarktkontrollstelle für das Basler Baugewerbe (AMKB). Über diesen berichtete zuerst die KMU-Zeitung «Standpunkt der Wirtschaft». Das Fazit daraus: Alle kontrollierten Arbeiter erhielten illegale Dumpinglöhne. Im Schnitt keine 9 Franken. Arbeiten mussten sie 10 Stunden am Tag, auch an Feiertagen und teils sogar am Sonntag. Ferien oder einen 13. Monatslohn gab es nicht. Genauso wenig Spesen für Verpflegung und Unterkunft, obwohl all das der GAV für das Basler Metallbaugewerbe vorschreibt. Insgesamt zock-

ten die Chefs ihre Búezer um mindestens 738'000 Franken ab.

Aufgeflogen ist der Fall wegen einer Entsendekontrolle im Rahmen der flankierenden Massnahmen (FlaM). Solche Kontrollen führen die paritätischen Kommissionen (Arbeitgeber und Gewerkschaften) durch, wenn ein meldepflichtiger ausländischer Entsendebetrieber verdächtige Angaben macht. Und das war in Pratteln durchaus der Fall.

SPERREN UND BUSSEN

Im Visier hatten die Kontrolleure vier osteuropäische Sub- und Subunternehmen. Diese waren von der holländischen Gerritsen Group angeheuert worden, einer laut Eigenwerbung global tätigen «Experten für sorgenfreie Industrieumzüge». Gerritsen wiederum stand in Diensten der KD Pharma. Die Bauhütten jedenfals arbeiteten unter Hochdruck, denn der Terminplan war eng. Zudem beschränkt das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU die Entsendedauer auf 90 Tage. Das erhöhte den Zeitdruck zusätzlich. Trotzdem behaupteten die Subunternehmer gegenüber der AMKB, ihre Arbeiter hätten bloss 4 bis 6 Stunden pro Tag gearbeitet. Die Kontrolleure aber dokumentierten

wiederholt, wie die Arbeiter jeweils vor 7 Uhr morgens auf der Baustelle eintrafen und diese meistens erst gegen 19 Uhr verliessen. Ausserdem: Die Arbeiter übernachteten in einer Selbstversorgerunterkunft im deutschen Grenzgebiet und wurden jeweils in Kleinbussen nach Pratteln gebracht. Für

die AMKB ist daher klar: Hier wurden nicht nur der Gesamtarbeitsvertrag, das Arbeitsgesetz und das Entsendegesetz gebrochen. Vielmehr verstosse das gesamte Modell auch gegen das Verbot von Personalverleih aus dem Ausland in die Schweiz. Künftig werden die beschuldigten Baufirmen hier jedenfalls nicht mehr wirken können.

Noch haben sie zwar Gelegenheit auf Widerspruch. Doch schon im Januar wird die paritätische Kommission voraussichtlich hohe Konventionalstrafen verhängen und beim Kanton Dienstleistungssperren beantragen. Das Entsendegesetz sieht ausserdem Bussen von bis zu 40'000 Franken vor. work bleibt dran.

Baukontrolleur-Präsi warnt Bundesrat:

«Ein Abbau wäre katastrophal!»

Manuel Káppler (37), Unia-Sekretär und Co-Präsident der Arbeitsmarktkontrollstelle für das Basler Baugewerbe (AMKB), hat zum Fall Rohner eine klare Meinung.

JONAS KOMPOSCH

work: Herr Káppler, wann haben Sie zuletzt Zustände wie auf dem Rohner-Areal gesehen?

Manuel Káppler: Das ist der grösste Lohndumping-Fall, den ich in den letzten fünf Jahren erlebt habe. Die Arbeiter wurden zu unwürdigen, ausbeuterischen Bedingungen eingesetzt. Dank unseren Kontrollen haben sie jetzt aber die Chance, Tausende von Franken einzuklagen. Und im lokalen Gewerbe zeigt sich, wie immer bei solchen Fällen, ein Aha-Effekt: Lohnkontrollen sind also doch nötig!



Manuel Káppler.

FOTO: UNIA

Wie sind Sie dem Skandal auf die Schliche gekommen?

Es braucht nicht unbedingt Detektivkünste, aber ein gut aufgestelltes Kontrollorgan, das flächendeckend kontrolliert und die Ressourcen hat, auch schwierige Fälle seriös anzugehen. In Baselland haben wir das dank einem modernen Gesetz. Es verpflichtet den Kanton, die Kontrolltätigkeit zu unterstützen.

2021 hatte die AMKB verlangt, der Kanton müsse die Rohner-Baustelle dichtmachen. Und dann?

Die Auftraggeberfirma versicherte, dass sie die Verstösse korrigieren wolle und sich an die Gesetze halten werde. Dem Kanton waren durch diese Zusicherungen offenbar die Hände gebunden. Aber bis man wieder Verstösse feststellte, waren die Firmen längst über alle Berge.

Trotzdem drohen den Firmen jetzt Sperren und Bussen. Haben solche Strafen überhaupt die gewünschte Wirkung?

Das Schwierigste ist, die Ansprüche der Ausbeuteten einzuklagen. Das muss immer im Einzelfall und zuerst gegen die ausländische Firma geschehen. Eine Stärkung der Auftraggeberhaftung und ein Verbandsklagerecht würden helfen.

Im Baselbiet verlangen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitgeber immer wieder härtere Strafen. Woran hapert's denn noch?

Das Baselbiet ist aufgrund der Grenznähe und der guten Zusammenarbeit zwischen Kanton, Arbeitgebern und Arbeitnehmern tatsächlich sehr weit beim Lohnschutz. Bei den Sanktionen sind aber alle an den rechtlichen Rahmen gebunden – und wie gesagt, können die einzelnen Ansprüche nur die Arbeiter selber einklagen.

Die EU und bürgerliche Kräfte in der Schweiz stellen aktuell zentrale Elemente der flankierenden Massnahmen in Frage. Was hiesse das für den Fall Rohner?

Fast alles, was an Abbau diskutiert wird, hätte katastrophale Auswirkungen. Die Kautionspflicht stellt sicher, dass Firmen nicht quasi gratis eine neue Rechtspersönlichkeit annehmen können, wenn sie mit einer Dienstleistungssperre belegt wurden; die Dienstleistungssperre selbst ist ein wirksames Mittel, um Firmen dazu zu bringen, bei Kontrollen zu kooperieren. In diesem Fall speziell wichtig: die Spesenregelung des Metallgewerbe-GAV macht je nach Arbeiter zwischen 30 und 50 Prozent des vorenthaltenen Geldes aus. Wäre den Arbeitern Spesen nach polnischen Regeln bezahlt worden – und genau das wollen die EU und der Bundesrat ja künftig –, dann hätten sie ihre Essensauslagen aus den mickrigen Löhnen decken müssen. Und Schweizer Firmen und Schweizer Löhne wären noch mehr unter Druck geraten.

Dumping auch im Wallis: Halber Lohn am Heli-Landeplatz

Gesetzesbruch und Monteuren-Ausbeutung beim Spitalneubau in Sitten. Spitalchefs geloben Besserung.

Für fast 250 Millionen Franken entsteht in Sitten gerade ein neues Kantonsspital. Natürlich darf da ein moderner Helikopterlandeplatz nicht fehlen. Diesen baut aber nicht eine lokale Firma, sondern Monteure aus Polen, Slowenien, Lettland und Holland – zu einem Stundenlohn von knapp 15 Franken! Das ist die Hälfte des Mindestlohnes im Walliser Metallbau-

Gesamtarbeitsvertrag. Doch damit nicht genug: Sämtliche Monteure, die die Unia bei einem Baustellenbesuch Anfang November angetroffen hat, sind bei der holländischen Temporäragentur «We Work Heart» angestellt.

Auch bei den Spesen wurden die Monteure geprellt.

Dabei ist das Schweizer Arbeitsvermittlungsgesetz unmissverständlich: Der Personalverleih vom Ausland in die Schweiz ist verboten. Auch bei den Spesen wurden die Monteure geprellt:

Sie erhielten bloss 10 Franken pro Tag für Mahlzeiten, obwohl der GAV 18 Franken vorsieht. Am 9. November machte die Unia den Fall publik. Dann ging's flott.

MEHR FLANKIERENDE! Noch am selben Tag reagierte die Spitalleitung und traf sich mit der Gewerkschaft zu einer Krisensitzung. Spitalbauleiter Pascal Bruchez sagt: «Wir waren selbst überrascht, als wir von den Dumpinglöhnen hörten.» Und er versichert: «Das Spital verpflichtet sich, alles zu unternehmen, um die Einhaltung der in der Schweiz

geltenden Mindestbedingungen durchzusetzen.» Unia-Regioleiter Blaise Caron anerkennt die schnelle Reaktion, will den Prozess aber weiterhin genau beobachten. Eines ist für ihn schon jetzt klar: «Der Fall zeigt einmal mehr, wie wichtig die flankierenden Massnahmen sind. Deshalb müssen sie sicher nicht ausgehöhlt, sondern ausgebaut werden.»

Tatsächlich garantieren die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zwei grundlegende Prinzipien, ohne die das Lohndumping von Sit-

ten gar keines wäre: Erstens: Zum Schutz des Schweizer Lohnniveaus gelten die hiesigen Mindeststandards – einschliesslich der Spesen – auch für Entsandte, also für Búezerinnen und Búezer, die von ausländischen Firmen vorübergehend in die Schweiz geschickt werden. Und zweitens kann der Staat in notorischen Dumpingbranchen leichter durchgreifen und die Gesamtarbeitsverträge für allgemeinverbindlich (AVE) erklären. So geschehen im Metallbau – und in rund 40 weiteren Branchen. (jok)



Signa-Gruppe von René Benko ist in schweren Turbulenzen – Baustellen stehen still Gewerkschaftshasser geht das Geld aus

Wieder wackelt das Imperium eines vermeintlichen Wunderknaben. Und wenn die Signa-Gruppe des Tirolers René Benko zusammenkracht, donnert's auch in der Schweiz.

CLEMENS STUDER

Weihnachten 2017. Immobilienspekulant René Benko will unbedingt das traditionsreiche Leiner-Warenhaus an der Wiener Mariahilfer Strasse kaufen. Für 60 Millionen Euro. Es presst, denn der Kiki-Leiner-Konzern steht knapp vor dem Konkurs. Blöd nur, dass die zuständigen Ämter Weihnachtsferien haben. Gut, dass Benko die Handynammer des damaligen Kanzlers Sebastian Kurz hat. Der lässt einen leitenden Beamten aus den Ferien zitieren und den Verkauf ins Grundbuch eintragen. Vier Monate später erhält Benko von der Raiffeisenbank Oberösterreich auf die Liegenschaft einen Hypothekarkredit von 95 Millionen Euro – 35 Millionen hat er «verdient». In dieser kleinen Episode zeigt sich exemplarisch, wie aus dem Tiroler Arbeitersohn René Benko der Mann wurde, der ein Imperium schuf, vor dessen bevorstehendem Zusammenbruch jetzt Banken und Immo-Konzerne in halb Europa zittern. Und ein paar reiche Investoren dazu. Auch in der Schweiz.

START IM ESTRICH

Der 1977 in Innsbruck als Sohn einer Kindergärtnerin und eines Gasablesers geborene René Benko wollte schon früh hoch hinaus. Durchaus im wörtlichen Sinn. Bereits mit 17 Jahren verdiente er Geld mit dem Umbau von Estrichen in Luxuswohnungen. Deswegen fehlte er so oft in der Schule, dass er nicht zur Maturaprüfung zugelassen wurde. Dafür beeindruckte er seine Mitschülerinnen und Mitschüler mit fetten Goldketten und einem geleasten Ferrari. Rasch fand er Investoren, die ihm das Geld für die rasante Expansion seiner Immobiliengeschäfte zur Verfügung stellten. Das Prinzip blieb bis heute gleich: Immobilien mit viel Fremdkapital kaufen, umbauen, verkaufen – oder in der Bilanz aufwerten. Und mit dem «neuen» Geld das nächste Objekt kaufen.

GEWERKSCHAFTSFEIND

Besonders schöne Immobilien an begehrten Lagen hatten die Kaufhaus-Konzerne. Das erkannte Benko früher als andere. Und setzte vor allem in Deutschland zur Einkaufstour an. Angeblich wollte er neben dem Immobilienkonzern ein Handelsimperium zimmern. Aber eigentlich ging es am Ende immer um die Immobilien. Was darin



BLENDER PAR EXCELLENCE: René Benko und seine Ehefrau Nathalie strahlen in die Kamera. Doch Benkos Imperium droht zusammenzustürzen. FOTO: KEYSTONE

war, blieb zweitrangig. Und die betroffenen Lohnabhängigen bestenfalls drittrangig. Benko liess die Warenhäuser nach dem Shop-in-Shop-Prinzip in kleine Malls umbauen. Er erhöhte die Mieten stark und entliess Tausende. Dafür flossen an das Aktionariat der Signa-Holding Hunderte von Millionen an Dividenden.

Die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften sind legendär. Und Benkos Fähigkeit, dank seinen politischen Beziehungen neben «moralischer» staatlicher Unterstützung auch ganz handfeste monetäre zu erhalten, sind es ebenso. Der deutsche «Stabilisierungsfonds» zahlte 700 Millionen Euro, um wenigstens einen Teil der Jobs in Benkos Kaufhäusern zu retten. Er selbst war zu Investitionen nicht bereit. Sondern verlangte von den Mitarbeitenden «einen Beitrag an die Sanierung» und meinte damit einen massiven Lohnverzicht. Ähnlich lief es in Österreich. In seiner Heimat wurde Benko rechtskräftig verurteilt wegen «versuchter verbotener Intervention» (österreichisch für Schmiergeldzahlungen) in einem Steuerverfahren. Seither ist Benko auf dem Papier in keiner operativen Funktion mehr für Signa tätig.

KAPITALISTEN-KRACH

Trotz allem suchten weiterhin Politiker und Superreiche Benkos Nähe. Zu üppig flossen die Dividenden. Doch jetzt scheint das Benko-Imperium vor dem Fall zu stehen. Baustops und fällige Kre-

dite beunruhigen die Banken und die Investoren. Ein Sanierer soll retten, was zu retten ist. Aber wenn Kapitalisten nervös werden, fangen sie auch untereinander Krach an. Und dieser scheint bei den Benko-Kumpanen in vollem Gang. Offenbar waren einige ein bisschen vorsichtiger – oder

Er erhöhte die Mieten und entliess Tausende.

schlauer – als andere. Und liessen sich von Benko Sicherheiten geben.

So der in der Schweiz lebende deutsche Steuerflüchtling Klaus-Michael Kühne oder Fressnapf-Gründer Torsten Toeller. Lange Jahre ganz stolz auf sein Dabeisein auf der obersten Etage des Benko-Imperiums war Ernst Tanner. Der ewige Lindt-&-Sprüngli-Chef hat es als einer der raren Nichterben ganz weit vorne auf die Reichsten-Rangliste des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» geschafft. Seit Jahren fungiert er dort mit jeweils zwischen 600 und 800 Millionen Franken Vermögen unter den reichsten «Chefs und Scheffler» (Zitat «Bilanz»). Tanners Beteiligung bei der Signa-Holding schätzt die «Bilanz» zuletzt auf 200 Millionen Franken. Wie viel davon schon futsch ist, werden die kommenden Monate zeigen. Bedauern muss man Tanner auch bei einem Totalverlust nicht: über die Jahre hat er tolle Dividenden aus dem Benko-Imperium bezogen.

Geschäfte in der Schweiz: Und der Globus dreht sich einfach weiter?

Benko nutzt die Angebote der Schweizer Finanz- und Anwaltszene seit Jahrzehnten. Viele der Firmen seines Schachtel-Imperiums haben ihren Sitz hier. Doch so richtig ins öffentliche Bewusstsein kam er erst, als er nach der Warenhauskette Globus griff. Diese wollte die Migros zu Geld machen und fand in Benkos Signa und der thailändischen Oligarchenfamilie Chirathivat Käufer. Für 1 Milliarde Franken griffen Signa und Central Group zu (work berichtete: rebrand.ly/benko-kauff).

FIRMEN-KASKADE. Benko-üblich wurden alle Immobilien in einzelne Firmen gesteckt, die jeweils wie die Adresse des Gebäudes heissen. Und so funktioniert die Verschachtelung: zum Beispiel das Flaggschiff an der Zürcher Bahnhofstrasse. Das Gebäude gehört als einziger Besitz einer luxemburgischen Firma namens «Zürich, Schweizergasse 11 Immobilien S.à.r.l.». Diese Gesellschaft wiederum gehört einer «Matterhorn Immobilien Holding S.à.r.l.», der auch die anderen Firmen gehören, in denen die Schweizer Globus-Gebäude «stecken». Die «Matterhorn Immobilien Holding» ihrerseits gehört zur Hälfte (über eine weitere luxemburgische Gesellschaft) der thailändischen Central Group. Die anderen 50 Prozent gehören der in Wien eingetragenen «Signa Prime Matterhorn GmbH». Diese wiederum gehört zu 100 Prozent der «Signa Prime Swiss GmbH» an der gleichen Postadresse. Die «Signa Prime Swiss GmbH» gehört zu 100 Prozent der «Signa Prime Selection AG» in Innsbruck, jene wiederum zu 58 Prozent der Signa Holding AG mit Sitz ebenfalls in Innsbruck. Und bei dieser taucht zum ersten Mal René Benko offiziell auf. Er ist über seine Stiftungen der Haupteigentümer. Insgesamt gehören zur gesamten Signa-Gruppe über 1000 Gesellschaften. Den Überblick hat wohl – wenn überhaupt – nur Benko selber. Jetzt arbeitet sich ein deutscher Firmensanierer ein.

«ALLES LÄUFT GUT». In der Schweiz sendet Globus derweil beschwichtigende Nachrichten: Das Tagesgeschäft der Warenhäuser laufe gut, die laufenden Umbauten seien ausreichend finanziert. Ein Baustop wie etwa in Deutschland drohe in Basel nicht. (cs)

INSERAT

FESTIVAL DE CANNES COMPETITION 2023 OFFICIAL SELECTION

Locarno Film Festival 2023 Prix du public UBS

THE OLD OAK

Der neue Film von **KEN LOACH**
(«I, Daniel Blake»)

«Ein Film, der direkt zu Herzen geht.»
FILMSTARTS.DE

«Loach hätte kaum einen relevanteren, zeitgemässeren Film gegen den Niedergang des Mitgefühls liefern können.»
SCREEN INTERNATIONAL

«Leidenschaftlich und menschlich.»
TIME OUT

AB 23. NOVEMBER IM KINO

UK GLOBAL SCREEN FUND

work deckt auf: Im Altersheim Gartenhof am Bodensee häufen sich die Missstände

Nur eine Pflegehelferin für über 30 Betagte



ALLES NUR FASSADE: Das neue Pflegeheim macht von aussen zwar einen schicken Eindruck, doch hinter den Kulissen fehlt jeglicher Glanz. FOTOS: KEYSTONE/ZVG

Zuerst verschwinden Betäubungsmittel, dann die Chefin, jetzt fehlen Arbeitsstunden: Pflegende des Altersheims in Steinach SG haben die Nase voll.

CHRISTIAN EGG

Es sei «ein Ort zum Wohlfühlen», verspricht das Altersheim Gartenhof in Steinach SG auf seiner Website. Fotos des 2020 fertiggestellten Neubaus «mit herrlichem Blick auf den Bodensee» vermitteln ein gediegenes Bild.

«Alles nur Fassade», sagt Sandra Rossi*, die seit ein paar Jahren als Pflegerin im Gartenhof arbeitet: «Wir können hier keine Qualitätspflege leisten.» Dafür fehle schlicht die Zeit. In den vier Stockwerken des älteren Hauses Lärche seien 32 Bewohnerinnen und Bewohner untergebracht. Ab 16 Uhr müsse eine einzige Person zu allen schauen.

Besonders bedenklich: Fast immer, so Rossi, werde für diese Schicht nicht eine Fachperson mit Berufsausbildung eingeteilt, sondern eine SRK-Pflegehelferin. Das ist nicht erlaubt. Denn die SRK-Ausbildung umfasst gerade mal 120 Stunden Theorie und bis zu drei Wochen Praxis – total knapp sechs Wochen Vollzeitausbildung. Sie gelten deshalb nicht als Fachpersonal – anders als etwa ein Fachmann Gesundheit (3 Jahre Ausbildung) oder eine Pflegefachfrau (6 Jahre).

NICHT ZULÄSSIG

Um Sicherheit und Qualität in der Alterspflege zu garantieren, schreibt der Kanton St. Gallen vor: «Die Präsenz von Personal mit Fachausbildung ist während 24 Stunden im Hause gewährleistet.» Mehr noch: In der Abendschicht verteilen die SRK-Pflegehelfenden im Gartenhof auch Medikamente. Auch das ist nicht zulässig. In den Vorgaben des Kantons heisst es klipp und klar: «Richten und Abgeben von Arzneimitteln wird nur durch Fachpersonal ausgeführt.»

Fatime Zekijri vom Unia-Pflegeteam hat mit zahlreichen Mitarbeitenden des Gartenhofs gesprochen. Und erschrak ab dem, was sie hörte. Etwa, wie nachlässig mit dem Schmerz- und Betäubungsmittel Morphin umgegangen wurde.

Es muss in einem abgeschlossenen Schrank aufbewahrt werden, und das Personal muss über den Einsatz genau Buch führen. Beides sei im Gartenhof nicht der Fall gewesen, so Zekijri. Einmal habe sogar eine halbvolle Morphin-Spritze im Medikamentenschrank gelegen: «Die müsste zurück in die Apotheke, zur Entsorgung. Das ist aber nicht passiert. Stattdessen war die Spritze irgendwann verschwunden.»

GEMEINDE SCHAUTE ZU LANGE ZU

Das Heim gehört der Gemeinde Steinach. Pflegende berichten gegenüber work von fast täglichen Fehlern bei Medikamenten und einer Heimleiterin, die austrastete und handgreiflich wurde. Doch der Gemeinderat habe sich lange nicht um die Zustände im Gartenhof gekümmert. Angela Pfister*, auch sie seit mehreren Jahren Pflegerin im Gartenhof: «Er wurde erst tätig, als der Karren schon im Dreck war.»

Das war vor einem Jahr. Die Heimleiterin wurde krankgeschrieben, später musste sie ganz gehen. Ersetzt wurde sie durch ein Dreiergremium. An seiner Spitze: Gemeindepräsident Michael Aebisegger (parteilos).

Doch die Lage wurde nicht besser. Offene Stellen wurden mit Temporärkräften besetzt. Pflegerin Pfister: «Es war kein Miteinander mehr, das Team fiel richtig auseinander. Die Qualität der Pflege war miserabel.» Neo-Chef Aebisegger sei zudem autoritär aufgetreten. Einmal habe er die Mitarbeitenden einbestellt, um sie zu orientieren. «Als er merkte, dass wir unzufrieden waren, sagte er: «Wem es nicht passt hier, soll mir Bescheid geben. Dann räume ich eigenhändig den Spind der Person aus, und sie kann gehen.»

ZIG STUNDEN GRATIS GEARBEITET

Die Pflegenden bemerkten zudem: Die Stundenabrechnungen stimmten nicht. Kurzfristige Dienstwechsel oder Überzeiten wurden oft nicht erfasst. Die Folge: unzählige Stunden Gratisarbeit, die bis heute nicht bezahlt wurden. Nun wandten sich mehrere Pflegenden an die Unia. Fatime Zekijri trug alle Missstände zusammen und informierte den Kanton als Aufsichtsbehörde. Als dieser beim Heim vorstellig wurde, habe sich der

Umgang mit Morphin und anderen Medikamenten allmählich verbessert, berichten Pflegenden.

Aber das reiche bei weitem nicht, sagt Pflegerin Pfister. Die Stimmung sei nach wie vor im Keller, zwischen den Abteilungen herrsche Rivalität. Was ihr den Deckel lüpfte: Der neue Heimleiter, seit August im Amt, sagte kürzlich der Lokalzeitung «Felix», es sei gelungen, das Team zusammenzuschweissen. Sprach von einer «Kultur des Mitwirkens», in der sich «Mitarbeitende mit ihren Anregungen einbringen dürfen».

Das stimme überhaupt nicht, sagt Pfister. Der neue Leiter habe ihr nach einem Gespräch versprochen, etwas zu unternehmen, dann aber nichts gemacht. Sie sagt: «In dem Haus gibt es keine Wertschätzung. Das ist das Schlimmste!» Um sich endlich Gehör zu verschaffen, entschied sie sich, die Missstände publik zu machen.

VORSCHRIFTEN? ACH WAS!

Gegenüber work räumt Gemeindepräsident Aebisegger ein, der Gemeinderat habe «erst spät bemerkt, dass sich Mängel einschlichen». Mit dem neuen Leiter sei das Heim aber «auf einem guten Weg». Dass der alleinige Einsatz einer SRK-Pflegehelferin in der Spätschicht die kantonalen Vorschriften verletzt, wischt Aebisegger weg: Es stehe jederzeit eine Fachperson aus dem anderen Haus zur Verfügung. Zudem seien im Haus Lärche «rund 60 Prozent der Bewohnenden selbständig oder wenig pflegebedürftig». Er ignoriert, dass die Vorschrift ausdrücklich «Präsenz im Hause» verlangt und unabhängig vom Gesundheitszustand der Bewohnenden gilt.

Aebisegger behauptet, die Prüfung durch den Kanton habe zu «keinen Beanstandungen» geführt. Den Abschlussbericht will er aber nicht herausrücken. work weiss: Das zuständige Amt musste mehrmals Unterlagen und Informationen einfordern. Vom ersten Kontakt bis zum Abschluss dauerte es sechs Monate.

Ebenfalls abenteuerlich mutet Aebiseggers Aussage an, ihm seien «keine Fälle bekannt», in denen noch Arbeitsstunden zur Diskussion stünden. Unia-Frau Zekijri weiss dagegen von mindestens fünf Mitarbeitenden aus Pflege und Reinigung, die beim Heim ihre fehlenden Stunden geltend gemacht haben – bisher erfolglos.

Sandra Rossi ist mehr als nur enttäuscht: Sie alle hätten in diesen turbulenten Zeiten vollen Einsatz geleistet. «Und jetzt will das Heim nicht einmal die Stunden anerkennen, die wir gearbeitet haben?»

Basis-Opposition hat sich gelohnt

Lohn-Gump für Kabinencrew der Swiss

Den letzten GAV-Vorschlag hat das Kabinenpersonal der Swiss versenkt. Jetzt hat die Swiss deutlich nachgebessert. Nichts zu feiern hat hingegen das Bodenpersonal.

JONAS KOMPOSCH

Nach dem Crash die Landung. Der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Kabinenpersonal der Swiss liegt auf dem Tisch. Laut der Gewerkschaft Kapers, die mit der Airline ein halbes Jahr verhandelt hat, bringt der GAV «deutlich mehr Verbesserungen», als es der GAV23 getan hätte. Diesen haben die Kapers-Mitglieder im letzten Februar enttäuscht abgelehnt. Der Hauptgrund: enorme Unterschiede bei der



KAPERS-CHEFIN: Sandrine Nikolic-Fuss arbeitet noch immer als Flight-Attendant.

FOTO: KEYSTONE

Lohnentwicklung zwischen Neueinsteigern (+18%) und erfahrenen Flugbegleiterinnen (nur +4%).

Jetzt aber lassen sich die Resultate sehen: für alle ein Lohnplus von 400 Franken, Verbesserungen beim Dreizehnten sowie beim Pensionsalter. Zudem wird der bereits in Kraft getretene Inflationsausgleich von 2 Prozent fortgeführt. Und bei den Spesen wird das Kabinenpersonal endlich den Pilotinnen und Piloten gleichgestellt, was einem Anstieg von 25 Prozent entspricht. Auch in die Lebensqualität der Besatzungen «investiere» man, teilt die Swiss mit. Einsatzpläne würden künftig früher zugestellt und monatlich sieben fixe Frei-Tage garantiert. All das kostet die hochprofitable Lufthansa-Tochter 200 Millionen Franken statt, wie ursprünglich vorgesehen, nur 100 Millionen. Kapers-Chefin Sandrine Nikolic-Fuss (54) sagt dazu: «Es ist höchste Zeit für bessere Arbeitsbedingungen. Das Kabinenpersonal hat wirklich schwierige Jahre hinter sich.» Der vorliegende GAV sei «ein Schritt in die richtige Richtung». Frentischer Jubel klingt anders.

LETZTES WORT HAT CREW

Nikolic-Fuss erklärt: «Bis vor kurzem waren praktisch alle Crews unterbesetzt. Und dies trotz vollen Flügen und Gästen, die nach Corona spürbar schwieriger geworden sind.» Und dann die Basislöhne für Neueinsteigende: «Mit 3868 Franken sind wir immer noch im Tieflohnsegment!» Besonders problematisch sei dies, da die Crew-Mitglieder nahe am Flughafen wohnen müssten und die dortigen Mieten mittlerweile «astronomisch» hoch seien. Jetzt also endlich ein Fortschritt! Ganz abgeschlossen ist der GAV aber noch nicht. Er

Basislöhne für Neueinsteigende sind immer noch zu tief.

braucht noch den Segen von zwei Dritteln der knapp 2700 in Zürich und Genf angestellten Kapers-Mitglieder.

Keine Abstimmung nötig ist dagegen beim immer noch krisengebeutelten Bodenpersonal. Die Gewerkschaften SEV-Gata und VPOD haben angesichts von Rekordgewinnen einerseits und Reallohnverlusten andererseits 5 Prozent mehr für alle gefordert. Doch von generellen Erhöhungen wollten die Swiss-Chefs nichts wissen und brachen die Verhandlungen ab – nach bloss zwei Sitzungen. Jetzt zahlen sie 1 Prozent generell und 1 Prozent individuell, also nicht einmal den Teuerungsausgleich!

* Namen geändert

Nachruf auf Fritz Leuthy, der viel zur Entwicklung der sozialen Schweiz beigetragen hat Ein prägender Gewerkschafter ist gegangen

Nach kurzer, aber schwerer Krankheit – und nur drei Tage nach seiner geliebten Ehefrau – ist auch Fritz Leuthy 92jährig verstorben. Mit ihm verliert die Schweizer Gewerkschaftsbewegung eine prägende Figur.

PAUL RECHSTEINER*

Es haben immer wieder hervorragende Köpfe für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund gearbeitet. Fritz Leuthy war einer von ihnen. Während Jahrzehnten bis zu seiner Pensionierung 1991 hat er die Politik der schweizerischen Gewerkschaften geprägt. Auf dem zentralen Feld der Sozialversicherungen, aber auch als Leiter des SGB-Sekretariats, wo er mit ruhiger Hand für eine kohärente Linie sorgte. Und für die anspruchsvolle Integration der nicht selten divergierenden Positionen der Verbände. Das war keine geringe Leistung bei einer Spannweite, die vom damals führenden, tendenziell konservativen Smuv bis zu Verbänden wie dem VPOD oder der Typographia bzw. der GDP reichte, die oft rascher vorangehen wollten.

Fritz war gelernter Stationsbeamter der SBB. Er machte seinen Weg über die Arbeiterschule in der Zeit von Max Weber, der nach seiner Zeit im Bundesrat über die gewerkschaftliche Bildung zur Gewerkschaftsbewegung zurückkehrte. Ab 1960 arbeitete Fritz Leuthy selbst für die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale. Er hatte immer eine gute Hand für die verständliche Darstellung auch komplexer Sachverhalte. 1970 wurde er zum SGB-Sekretär gewählt.

Es gab in den darauffolgenden Jahrzehnten in der Schweiz wohl niemanden, der über die Sozialversicherungen und insbesondere über die AHV über ein ähnlich profundes Wissen ver-



IN AKTION: Fritz Leuthy (links) am 30. Mai 1991 mit den gesammelten Unterschriften der Initiative zum Ausbau von AHV und IV vor dem Bundeshaus in Bern. FOTO: KEYSTONE

fügt hätte wie Fritz Leuthy, Professoren eingeschlossen.

Es war kein akademisches Wissen. Sondern ein Wissen als Basis für die Entwicklung und Durchsetzung wirksamer gewerkschaftlicher Strategien. Und als Werkzeug beim Aufbau und der Weiterentwicklung des Sozialstaats, der wichtigsten innenpolitischen Errungenschaft der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Die Gewerkschaften spielten dafür eine entscheidende Rolle.

Herausragend sind die Verdienste von Fritz Leuthy in der dynamischen Phase der 70er Jahre. Insbesondere für die 8. AHV-Revision. Die AHV-Leistungen wurden damals in zwei Schritten mehr als verdoppelt, verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung der Lohnprozente. Erst dadurch wurde die AHV in der Realität zur

Basis der Altersvorsorge. Federführend war bei diesen Reformen politisch Bundesrat Tschudi mit seinem berühmten Tschudi-Tempo. Tschudi handelte aber in enger Abstimmung mit dem SGB, dem er sehr verbunden war. Konkret mit Fritz Leuthy mit seiner unschlagbaren Kompetenz und Integrität.

VERDIENST. Auf seine eigene Weise prägte Fritz Leuthy die 10. AHV-Revision. Er war gewissermassen der Vater der starken Aufwertung tieferer Einkommen bei der Berechnung der AHV-Renten. Während der lange dauernden Vorarbeiten zur Revision bis hin zur Botschaft des Bundesrates konnte er sich noch nicht durchsetzen. Im Zug der parlamentarischen Beratung aber wurde die soziale Anpassung der Renten-

formel realisiert. Die Aufwertung der tieferen Einkommen heisst technisch bis heute «Leuthy-Knick», ein zentrales Element der sozialen Ausgestaltung der AHV.

Persönlich habe ich Fritz Leuthy erst in den 90er Jahren näher kennengelernt, in einer Zeit, als der Sozialstaat von rechts her immer stärker unter Druck geriet und sozialer Fortschritt nur noch gegen grosse Widerstände erkämpft werden konnte. Der regelmässige Austausch mit

Er war kein Blender. Es ging ihm nicht um Aussenwirkung, sondern um die Ergebnisse.



Fritz zu den wichtigen Entwicklungen und strategischen Fragen war sehr wertvoll, auch in meiner Zeit als Präsident des SGB. Er verfolgte die Fortschritte und Rückschläge genau. Wie wenige besass er einen Überblick über die grossen Zusammenhänge.

Dem Habitus nach verkörperte der Stumpen rauchende Fritz Leuthy den traditionellen Gewerkschafter seiner Generation. Medial war er kein Blender. In seiner bescheidenen Art ging es ihm nicht um Aussenwirkung, sondern um reale Ergebnisse. Dabei verfügte er aber durchaus über Ironie, wie er auch neuen Entwicklungen und neuen Generationen gegenüber aufgeschlossen war.

Fritz Leuthy hat wie nur wenige in seiner Zeit zur Entwicklung einer sozialen Schweiz beigetragen. Sein Platz in der Geschichte der Schweizer Gewerkschaften ist ihm gewiss.

* Paul Rechsteiner war langjähriger SP-Ständerat und SGB-Präsident von 1998 bis 2018.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



CO₂-Neutralität: Was macht die Post im naziverseuchten Thüringer Wald?

Wir versuchen zu begreifen, warum die Schweizer Post Wald im ostdeutschen Thüringen von einem alten Adeligen gekauft hat. Was das ein schlauer Schachzug? Oder gäbe es sinnvollere Alternativen in den Schweizer Alpen?

Vom schwerreichen Michael-Benedikt Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach hat die Schweizer Post kürzlich Wald für 60 Millionen Franken gekauft. Wie der Prinz deutschen Medien erklärte, gehörte der Wald bis zur Enteignung durch das DDR-Regime seinem Vater. Nach der Wende kaufte er den Wald für ein lächerliches Butterbrot zurück. Als Grund für den jetzigen Verkauf gab der 76jährige an, er wolle seiner Familie «keine Probleme hinterlassen».

Da kommt ihm die Schweizer Post gerade gelegen, die beabsichtigt, schon bis 2040 klimaneutral zu werden. Und der Waldkauf ist eine indirekte Massnahme zu diesem Ziel. Die Post verspricht, den Wald zu bewirtschaften und unter anderem Bauholz zu verkaufen.

Mit anderen Worten: Der Wald bleibt erhalten. Er würde aber auch nicht verschwinden, wenn ihn die Post nicht kaufen würde. Wälder sind Bestandteil der deutschen Seele und deshalb bestens geschützt. Erst recht in dem von alten und neuen Nazis verseuchten Thüringen.

Kann man im Thüringer Wald vielleicht Höhenwindräder aufstellen? Und führte das die Post gerade in den Thüringer Wald? Ein Blick auf die deutsche Windkarte zerschlägt auch diese

mögliche Erklärung. Das Rätsel bleibt ungelöst.

PELLETS. Im Gegensatz zu Deutschland wächst der Wald in der Schweiz. Nicht im Mittelland, aber im Alpenraum. Die zwei wichtigsten Gründe: Die Waldgrenzen wandern, vorab wegen der Klimaerwärmung, weiter nach oben. Immer weniger Alpen werden – auch wegen des Wolfs – noch besömmert.

Viele Ökologinnen und Ökologen warnen uns drum: Mehr Wald bedeute weniger Biodiversität. Dagegen würden mehr alpine Solaranlagen mehr Biodiversität bedeuten. Die Meinungen sind geteilt. Nur eines ist sicher: das Walliser Saflischtal ob Grenchols ist am Verwalden. Und dort, auf 2500 Metern über Meer, soll das grösste Solarprojekt der Schweiz gebaut werden. Wenn es denn die Gegnerinnen und Gegner nicht abmurksen.

Versuchen wir zu begreifen, was mehr Wald in den Alpen bedeutet. Wald in den Alpen ist mehrheitlich Schutzwald. Pro Hektare Wald in den Alpen kann man jedes Jahr zehn Kubikmeter Wald ernten oder auch stehen lassen. Beides ist ökologisch vergleichbar sinnvoll, wenn der Wald nicht überaltert. Ein Kubikmeter Wald ist auf dem Markt 50 Franken wert. Das Fällen unter schwierigen Bedingungen wird vor allem vom Bund mit 100 Franken pro Kubikmeter subventioniert.

Ein Kubikmeter Holz, den man zu Pellets verarbeitet, enthält so viel Energie wie 200 Liter Heizöl. Pellets-Kraftwerke, die Strom und Wärme im Winter produzieren, sind vielleicht gar nicht das Dummste. Aber sie müssen beste Filter



VERGOLDET: Michael-Benedikt Prinz von Sachsen-Weimar-Eisenach verkauft der Schweizer Post für 60 Millionen Franken ehemaligen Staatswald der DDR. FOTO: IMAGO

aufweisen, sonst erhöht sich der tödliche Feinstaub in der Luft. Holz ist heimelig. Aber Holz verbrennen ist immer auch etwas unheimelig. Wetterfrosch Jörg Kachelmann warnt in höchsten Tönen davor (siehe Kasten rechts).

MEHR SCHWEIZER HOLZ. Beim Holzschlag in den Alpen kommen immer öfter Helikopter zum Einsatz. Das ist aber nicht gerade billig. Beginnen wir mit den Zahlen:

Eine Minute Flug mit dem Helikopter kostet in der Schweiz 30 Franken. Die gleiche Minute Helikopterflug kostet in Deutschland umgerechnet die Hälfte. Sobald Elektrohelikopter oder senkrecht

startende und landende Flugmaschinen kommen, werden sich diese Preise für den Holzschlag mindestens halbieren.

Nach vorne gedacht bedeutet dies: Wir werden das Holz in Zukunft viel günstiger aus den Gebirgswäldern rausholen können.

Vielleicht müsste die Postfinance einen Fonds schaffen für mehr Schweizer Holz. Und die Post könnte einen gleich hohen Betrag, wie sie in Thüringen bezahlt, in neu entstehende Waldflächen investieren. Und dann vergleichen. Der Vorteil: Die Schweizer Schutzwälder gehören nicht Adligen, sondern Gemeinden, Geteilschaften und Bürger-schaften. Also dem alpinen Volk.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/brennholz
In der Fachzeitschrift für Schweizer Landwirtschaft, dem «Schweizer Bauern», kam Wetterfrosch Jörg Kachelmann wie folgt zu Wort: Brennholz und Pellets seien eine Katastrophe für Mensch, Umwelt und Klima und genauso klimaschädlich wie Kohle, Gas und Öl. Im Winter sammeln sich die ausgestossenen Schadstoffe in der Luft. «Wie sehr gelogen wird, was das betrifft, und dass Menschen all diesen Blödsinn von Waldbesitzern glauben, die unsere Zukunft aufs Spiel setzen, ist sehr beelendend», so Kachelmann.

● rebrand.ly/holzbauten
Sinnvoller als Holz verbrennen ist mit Holz bauen. Holzbauten halten während Jahrhunderten. Sie sind erdbebensicherer als Betonbauten. Und blasen das CO₂ nicht in die Luft, im Gegensatz zu Verbrennungsprozessen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»:
www.workzeitung.ch



PROTEST: Die Metaller in Schweden haben ihre Arbeit bei Tesla niedergelegt. «Strejkvakt» steht für Streikposten. FOTO: KEYSTONE

Der Streik bei Tesla in Schweden weitet sich aus

«Willkommen in der Produktionshölle»

Was für Tesla wie eine Fussnote begann, als Ausstand von 130 Serviceleuten, setzt den Weltkonzern zunehmend unter Druck.

OLIVER FAHRNI

Ein Metaller in Stockholm kann kaum fassen, was er gerade tut: «Zu streiken, das ist schon ziemlich beeindruckend.» Er steht vor der schwedischen Filiale des US-Autobauers Tesla, auf seiner grünen Weste steht «Strejkvakt», Streikposten.

Hitzköpfe sind sie nicht. Über viele Jahre hat die Gewerkschaft IF Metall (300 000 Mitglieder) versucht, den Tesla-Konzern zu einem Gesamtarbeitsvertrag zu überreden. Doch Tesla-Boss Elon Musk liess ausrichten: «Verträge mit Gewerkschaften passen nicht zu unserem Businessmodell.» Am 27. Oktober rief IF Metall den Streik aus. Ihr Sprecher Jesper Pettersson sagt: «Wir richten uns auf eine längere Auseinandersetzung ein.»

In Schweden sind noch immer 65 Prozent der Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird in Kollektivverträgen geregelt, die

Friedenspflicht ist stark. Sozialversicherungen und Altersvorsorge gelten als solide. Pettersson: «Wir verteidigen ein Gesellschaftsmodell.» Das allerdings unter den Attacken von Konzernen wie Amazon oder dem schwedischen Spotify längst Risse aufweist.

Jetzt legt sich IF-Metall-Chefin Marie Nilsson mit einem der mächtigsten Männer der Welt an (siehe unten), zu dessen Imperium auch Twitter («X»), SpaceX, Neuralink und weitere Firmen gehören.

GRATIS-ÜBERSTUNDEN

Wie Musk allein bei Tesla 21 Milliarden Dollar Gewinn (2022) aus den Arbeitenden herauspresst, lässt sich in Schanghai, Berlin-Brandenburg oder Fremont (Kalifornien) besichtigen. Die chinesische Tesla-Fabrik wurde während der Covid-Shutdowns zum riesigen Arbeitslager. Niemand durfte das Gelände verlassen, die Produktion drehte rund um die Uhr.

In Fremont begrüsst Musk die Belegschaft (10 000 Arbeitende) mit dem Satz «Willkommen in der Produktionshölle». Das passt. Die Kadenzen sind infernalisches, die Arbeitszeiten endlos. Wer keine Gratis-Überstunden schiebt, fliegt. Ebenso, wer mehr Sicherheit fordert. Bei Tesla geschehen 31 Prozent mehr Arbeitsunfälle (sagt die Organisation Safework) als anderswo in der oh-

nehin gefährlichen US-Autoindustrie. Löhne und Versicherungen sind miserabel. Jede gewerkschaftliche Regung lässt Musk unterdrücken. Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

Aber Shawn Fain, Chef der US-Gewerkschaft UAW, warnt ihn: «Tesla, wir kommen!» Die UAW hat mit einem Streik den «drei Grossen» (Ford, General Motors, Stellantis) gerade erhebliche Verbesserungen abgerungen (work berichtete). Jetzt mischen UAW-Organisatoren Tesla auf. Und Anfang November bekannten sich über 1000 Beschäftigte der «Gigafactory» bei Berlin zur IG Metall: «Wir sind drin.»

Es ist pure Notwehr. Bei Tesla machen die Löhne gerade noch 5 Prozent der Produktionskosten aus. Derweil radikalisiert sich der Arbeitskampf in Schweden. Was mit 130 Beschäftigten begann, weitet sich täglich

«Gewerkschaften passen nicht in mein Businessmodell»

TESLA-CHEF ELON MUSK

aus. Die Docker von vier Häfen entladen keine Tesla mehr. Elektriker kappen den Strom der Tesla-Ladestationen, Post und Kuriere halten Ersatzteillieferungen zurück. Musk aber liess Streikbrecher auffahren.

UAW und IG Metall schauen dieser Tage besonders aufmerksam nach Schweden.

Flucht auf den Mars: So tickt Elon Musk

Der Kult-Kapitalist will die Welt beherrschen, um sie zu retten. Leider muss sie Elon Musk dafür ein bisschen zerstören. Kein Problem, die Fluchtraktete steht bereit.

2002, zwei Jahre bevor er Tesla übernahm, hatte er SpaceX gegründet. Inzwischen verfügt der Konzern über einige Tausend Satelliten («Starlink») im Orbit, am Ende sollen es 42 000 (!) werden. Das verleiht Elon Musk, 52, eine enorme Macht, wie etwa die Ukraine im Krieg gegen Russland erfahren musste. Als Kiew 2022 die besetzte Krim zurückholen wollte, liess er die Kommunikationskanäle der ukrainischen U-Boote ausschalten.



FERNWEH: Musk wäre gerne ein Marsianer. FOTO: KEYSTONE

Solche Posen als heimlicher Weltenker, der droht, provoziert, Kriege entscheidet, kultiviert Musk. Ein Clown ist er deswegen nicht. Als einer der schärfsten Vertreter eines Kapitalismus ohne Gesellschaft («Turbo-Feu-

dalismus») behandelt er die Arbeitenden als Verschleissmaterial. Musk ist einer der Männer hinter Donald Trump. Twitter hat er für 44 Milliarden Dollar gekauft, die halbe Belegschaft gefeuert, und als «X» im Namen der «Redefreiheit» zu einer Propagandamaschine für die Ultraprechten gemacht. Redefreiheit? Die «X»-Konten mancher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hat der Tesla-Chef kurzerhand blockiert.

WELTHERRSCHAFT. Sohn eines südafrikanischen Immobilienzars und Minenbesitzers (Edelsteine), verlangte Musk 2021 im «Wall Street Journal», der Staat

solle alle Zuwendungen an die Wirtschaft streichen. Tatsächlich aber hat er sein Imperium auf Milliarden öffentlicher Gelder gebaut, etwa aus Präsident Joe Bidens grünem Infrastrukturpaket. Der Tesla-Konzern soll bald 20 Millionen Autos pro Jahr produzieren. Das Ziel heisst Weltherrschaft.

FLUCHT. Am Ende aber, so raunt er regelmässig, sei die Erde nicht zu retten. Dann will er sich, mit ein paar gleichgesinnten Milliardären, auf den Mars verdrücken. Dafür hat er SpaceX gebaut. Eines seiner neun Kinder (von diversen Müttern) taufte er schon mal «X AE A-XII». (olf)



la suisse existe
Jean Ziegler

VÖLKERMORD IN GAZA

Dienstag, 24. Oktober, im zweiten Stock des Uno-Wolkenkratzers am East River in New York. Der Sicherheitsrat ist zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Uno-Generalsekretär António Guterres verlangt das Wort:

«Kein Staat steht über dem Recht. Ich verlange einen Waffenstillstand aus humanitären Gründen.» Die Reaktion des israelischen Aussenministers Eli Cohen ist vehement: «Herr

Die Chirurgen sind gezwungen, ohne Anästhesie Schwerverletzte zu operieren.

Generalsekretär, in welcher Welt leben Sie? Jedenfalls nicht in der

usrigen.» Noch am selben Abend fordert Cohen den Rücktritt von Guterres. Am nächsten Tag kündigt Israels Uno-Botschafter Gilad Erdan an, alle Visa der ausländischen Mitarbeitenden der UNWRA (Uno-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge) aufzuheben.

TIERE. Seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober bombardieren die israelische Marine, die Artillerie und die F-35-Jagdbomber Tag und Nacht Wohnquartiere, Moscheen, Spitäler, Bäckereien und Marktplätze in Gaza. Die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner von Gaza sind weniger als 18 Jahre alt. In einem Monat sind 11 000 Menschen getötet und 120 000 schwer verletzt worden.

Israel führt Krieg gegen die Hamas-Milizen. An der Zivilbevölkerung begeht Israel einen Völkermord, ein Genozid im Sinne des Artikels 6 des Römer Statuts von 1998. Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte definiert Völkermord als die Ermordung einer Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer kollektiven ethnischen oder religiösen Identität. Der israelische Verteidigungsminister Joav Galant sagt: «Wir kämpfen gegen Tiere.» («Le Monde», 27. 10. 2023)

BESTIALISCH. Den Völkermord betreibt Israel mit neusten Waffen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Gaza versuchen umsonst, sich zu schützen vor den weissen Dämpfen der Phosphorbomben und vor DIME-Granaten (Dense Internal Metall Explosifs). Die Chirurgen und Chirurgen sind oftmals gezwungen, ohne Anästhesie Schwerverletzte zu operieren, denn seit dem 7. Oktober kommen keine Medikamente mehr nach Gaza. Die Verwundeten erleiden fürchterliche Schmerzen. Und Israel verbietet jeglichen Import von Treibstoff. Dieser ist unerlässlich für den Betrieb der Stromgeneratoren in den noch funktionierenden Spitälern. Der Ausfall der Generatoren bedeutet für die Patientinnen und Patienten der Intensivstationen, in der Dialyse und für die Säuglinge in den Inkubationsapparaten das Todesurteil.

Wer kann die israelische Mordmaschine stoppen? Alle westlichen Staaten, insbesondere die Schweiz. Unser Land besitzt ein grosses internationales Prestige. Es wurde 2022 ohne Gegenstimme in den Sicherheitsrat gewählt. In einer Demokratie trägt das Volk die letzte Verantwortung. Von uns allen hängt es ab, ob und wann dieser fürchterliche Völkermord ein Ende nimmt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienen Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Medizinerin Brigitta Danuser über Sonntagsarbeit «Für unsere Gesundheit ist Ruhezeit am Sonntag wichtig»

Im Vergleich zu anderen Ländern wird in der Schweiz überdurchschnittlich lange gearbeitet. Arbeitsmedizinerin Brigitta Danuser sieht dies kritisch, denn insbesondere der arbeitsfreie Sonntag ist wichtig für soziale Kontakte und Erholung.



BRIGITTA DANUSER: Die Arbeitsmedizinerin betont die Wichtigkeit des freien Sonntags. FOTO: ZVG

work: Wie wirken sich lange Arbeitstage und Sonntagsarbeit auf die Gesundheit aus?
Brigitta Danuser: Eine längere Arbeitszeit erhöht immer die gesundheitliche Belastung. Wie wir uns regenerieren können, hängt dann stark von den Erholungszeiten und unserem sozialen Umfeld ab. Hier spielt der arbeitsfreie Sonntag eine wichtige Rolle. Denn am Sonntag haben immer noch die meisten Leute frei, es ist der Tag für soziale Kontakte, für das Zusammensein.

Jetzt droht noch mehr Sonntagsarbeit: Der Bundesrat will Städte zu Tourismuszonen mit Sonntagsarbeit erklären. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Für unsere Gesundheit ist die Ruhezeit am Sonntag wichtig. Das gilt für das Verkaufspersonal, aber auch für die Leute, die am Sonntag einkaufen. Eine Ausweitung der Sonntagsarbeit ist daher keine gute Idee. Gemeinsame Pausen und eine gemeinsame Regenerationszeit sind wesentlich!

«Gesundheit ist auch eine soziale Geschichte.»
Wenn alle ihren Sonntag an einem anderen Tag haben, wird es schwierig. Gesundheit ist auch eine soziale Geschichte, und wir sind soziale Wesen. Daher ist es wichtig, dass wir einen Tag haben, der dem Sinn des Lebens gewidmet ist und möglichst ausserhalb der Arbeits- und Konsumlogik funktioniert.

Verkäuferinnen und Verkäufer im Detailhandel oder in Tankstellenshops sind besonders häufig von Sonntagsarbeit betroffen. Was sind typische Krankheitsbilder bei diesen Berufsgruppen?

Das Verkaufspersonal muss viel stehen, sie haben lange Arbeitszeiten und sind schlecht bezahlt. Oft sind Tankstellenshops auch schlecht isoliert, oder es gibt Durchzug. Entsprechend oft haben Verkäuferinnen und Verkäufer körperliche Beschwerden, also insbesondere Probleme mit der Muskulatur und Gelenkschmerzen. Oft treten auch psychische Probleme auf, weil die Arbeit nicht wertgeschätzt wird. Wer über viele Jahre in einem prekären Job arbeitet, wird mit grosserer Wahrscheinlichkeit krank.

Volk sagt immer wieder Nein, jetzt soll es schweigen Der ewige Kampf um die Ladenöffnungszeiten

Längere Ladenöffnungszeiten sind ein Fetisch der Gewerbeverbände. Doch beim Stimmvolk mässig erfolgreich. Darum setzen rechte Politikerinnen und Politiker jetzt auf Verordnungen und den Bund.

CLEMENS STÜDER
Die NZZ lieferte eine glasklare Analyse: Die geltenden Gesetze verhindern «eine Anpassung der Ladenöffnungszeiten an die Bedürfnisse einzelner Branchen». Und darum auch an die «Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen». Zum Beispiel jener der «berufstätigen Hausfrauen». Jenen bliebe zwischen Fabrik- und Ladenschluss nämlich zu wenig Zeit zur Erledigung ihrer «Kommissionen». Darum sei längeren Ladenöffnungszeiten «alle Aufmerksamkeit zu schenken». Das war 1961.

Heute, sechs Jahrzehnte und sechs Mondlandungen später, schenken die Gewerbeverbände noch längeren Arbeitszeiten immer noch viel Aufmerksamkeit. Obwohl die Läden so lange offen sind, wie sich der NZZ-Journalist vor 60 Jahren wohl nicht in den wildesten Träumen zu erhoffen wagte. Die «berufstätige Hausfrau» wurde argumentativ über die Jahre von Touristinnen und Touristen, Internet-Einkaufenden, Schichtarbeitenden und vielen weiteren abgelöst. Und bei den Ladenöffnungszeiten wurden die Ausnahmen, die



ER HAT GUT ZWINKERN: Der Samichlaus arbeitet nur an einem Tag pro Jahr, und das ist meist kein Sonntag. FOTO: KEYSTONE

vermeintlich die Regel bestätigen, immer zahlreicher. So sind die Bahnhöfe in den Städten längst kaum mehr getarnt, auch am Sonntag bis spätabends geöffnete Warenhäuser, und immer mehr Tankstellen sind dauergeöffnete Läden mit angeschlossener Zapfsäule. **Auffällig I:** Trotz angeblich überwältigendem Bedürfnis der Bevölkerung lehnte ebendiese in den vergangenen 17 Jahren über 70 Prozent der «Liberalisierungs»-Vorlagen ab, wenn diese an die Urne kamen. **Auffällig II:** Auch dort, wo rechte Parteien und Gewerbeverbände längere Ladenöffnungszeiten oder zusätzliche Sonntagsverkäufe durchtrötzelten, hält sich die Begeisterung der operativen Gewerbetreibenden und Gewerblen in Grenzen. Neustes Beispiel aus dem Kanton Solothurn: In Olten, der grössten Stadt, verzich-

ten selbst die Grossverteiler auf eigentlich erlaubte zusätzliche Sonntagsverkäufe. Rentiert einfach nicht. **Auffällig III:** Weil längere Ladenöffnungszeiten in Gemeinden und Kantonen – die eigentlich zuständig sind – vom Volk häufig abgelehnt werden, setzen die Turbo-Lädeler auf den Bund. Auf Wunsch rechter Kantonsregierungen sollen jetzt auf Bundesebene auf dem Verordnungsweg absurd grosse «städtische Tourismusquartiere» definiert werden und damit zum Beispiel die Kernstädte etwa von Zürich, Bern, Basel und Luzern zum 7-Tage-Shoppingcenter. Zur Verordnung hätte das Volk nichts zu sagen. Mehr zum jahrzehntelangen Kampf um die Ladenöffnungszeiten gibt's im work-Artikel «Immer lächeln, während die Füsse weinen». Nachzulesen hier: rebrand.ly/die-fuesse-weinen.

Immer länger lädelen? Da machen die Verkäuferinnen nicht mit «Hände weg von unserem arbeitsfreien Sonntag!»

Turbo-Lädelerinnen und -lädeler wollen dem freien Sonntag an den Kragen. Mit freundlicher Unterstützung von Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP). Doch den Preis der Sonntagsverkäufe bezahlen die Verkäuferinnen, und der ist alles andere als ein Schnäppchen.



FOTO: MICHAEL SCHÖCH

Coop-Verkäuferin Consuelo Gertschen (57) «Am Sonntag besuche ich meine kranke Mutter»

«Ich bin zweifache Grossmutter und gelernte Papeteristin. Seit vielen Jahren arbeite ich als Coop-Verkäuferin im Supermarkt Winkelried in Luzern. Als die Kinder klein waren, musste ich als Kioskverkäuferin am Sonntagmorgen um halb acht den Rollladen hochfahren. Als alleinerziehende Mutter war die Kinderbetreuung an diesem Tag natürlich immer eine Herausforderung. Meine Eltern haben zum Glück ganz in der Nähe gewohnt und dann am Sonntagmorgen zu den Kindern geschaut.»

KEINE ENERGIE. Jetzt sind die Kinder erwachsen, aber der Sonntag ist jetzt der Tag, an dem ich meine an Alzheimer erkrankte Mutter im Heim besuchen gehen kann. Im Verkauf haben wir den Samstag nicht frei, und jetzt wollen sie uns auch noch den Sonntag aufdrücken. Das geht gar nicht! Die Arbeitstage sind im Verkauf sehr lang, von morgens um sieben bis abends um sieben. Es bleibt am Abend weder Zeit noch Energie für ein Hobby oder einen Verein. Der Sonntag ist da der Moment zum «dureschnuufe» oder eben auch für das Sozialleben, das mit den langen Arbeitstagen unter der Woche kaum möglich ist. Daher: Hände weg vom arbeitsfreien Sonntag!»



FOTO: FLORIAN AICHER

Jumbo-Kassiererin Kerstin Maurhofer (53) «Sonntagsverkauf ist für d Füchs»

«Ich arbeite als Kassierin in einer 70-Prozent-Stelle im Jumbo in Winterthur. Meine Kinder sind vor kurzem von zu Hause ausgezogen. Als sie noch klein waren, habe ich als Verkäuferin beim Volg in einem Tankstellenshop die Sonntagsschicht übernommen. Zuerst dachte ich, es wäre cool, weil in dieser Zeit mein Mann für die Kinder zu Hause war. Doch ich habe trotz Sonntagszulage einen hohen Preis bezahlt. Man verpasst viel vom Sozialleben. Wenn du um 14 Uhr mit der Frühshift fertig bist, bist du auf der «Schnurre».»

KEIN ERFOLG. Auch im Mediemarkt musste ich als Verkäuferin vor Weihnachten beim Sonntagsverkauf mitmachen. Das war für d Füchs. Die Leute kamen vor allem zum Schauen, aber verkauft haben wir am Sonntag nur sehr wenig. Für mich braucht es keinen Sonntagsverkauf. Die Leute werden einfach bequemer, aber sie überlegen nicht, dass mit dem Sonntagsverkauf auch viel mehr Leute arbeiten müssen.»



FOTO: ZVG

Coop-Verkäuferin Regina Karich (51) «Die Personalkosten sind oft höher als der Gewinn»

«Ich feiere keine Weihnachten, und mir macht es daher persönlich nichts aus, auch mal an einem Sonntag vor Weihnachten im Laden zu stehen. Seit 22 Jahren arbeite ich in Muri im Kanton Aargau im Verkauf und habe dort schon manchen Sonntagsverkauf mitgemacht. Auch dieses Jahr werde ich zwei Sonntagsschichten übernehmen, um damit meine Kolleginnen mit kleineren Kindern zu entlasten. Grundsätzlich finde ich die Sonntagsverkäufe aber völlig übertrieben. Wir haben alle einen Kühlschrank zu Hause, da können wir doch problemlos auch mal drei Tage ohne Shopping überleben.»

KEIN VERSTÄNDNIS. Manchmal kommen die Leute im Laden zu mir und haben Mitleid, wenn ich an einem Sonntag arbeiten muss. Dann frage ich zurück: «Warum kommt ihr am Sonntag überhaupt hier in den Laden, wenn es euch leidtut?» In einem grossen Shoppingcenter wie dem Tivoli in Spreitenbach müssen in den 150 Shops und Restaurants für den Sonntagsverkauf Hunderte von Menschen arbeiten. Absurderweise sind die Personalkosten für kleinere Läden beim Sonntagsverkauf oft höher als der Gewinn, der an einem solchen Tag gemacht wird.»

Sonntags im Shoppingcenter Trist, trister, Sonntags- verkauf

Möchte die Kundschaft überhaupt am Sonntag einkaufen? work hat sich im Shoppingcenter Circle beim Zürcher Flughafen umgesehen – und war ziemlich einsam unterwegs.



IWAN SCHAUWECKER

Der graue, regenverhangene Himmel schimmert durch das Glasdach der Fussgängerpassage im Shoppingquartier «The Circle» beim Zürcher Flughafen. Es will an diesem Sonntagmorgen im November gar nicht richtig hell werden. Die einschläfernde Musik in der Einkaufsgasse kann das Rauschen der nahe gelegenen Autobahn nicht überbönen. Die Geräuschkulisse, der überdimensionale Christbaum aus lachsfarbenen Discokugeln, die spärliche Kundschaft, alles wirkt etwas verloren im «Circle», der seit drei Jahren in Betrieb ist. Die Unia versuchte den Sonntagsverkauf im «Circle» zu verhindern, erfolglos. Das Jelvoli Lifestyle House, die Omega Boutique, The Square – New Mobility Hub und ein halbes Dutzend andere Läden sind sonntags durchgehend von 10 Uhr bis 19 Uhr geöffnet.

KEIN SÜSSER SONNTAG

Bei Läderech seien an diesem Sonntagmorgen nur wenige Schokoplatten über den Tresen gegangen, sagt die Verkäuferin. Vor allem die Touristinnen und Touristen aus dem Hotel Hyatt würden das Angebot aber schätzen. Unter der Woche hätten sie mehr Kundschaft, zum Beispiel Leute, die sich im ambulanten Pflegezentrum des Zürcher Unispitals im «Circle» behandeln liessen. Auch im Gemischtwarenladen Anecdote, mit einem Sortiment von Rollkoffer bis Whiskey, ist an diesem Morgen nur wenig los. Bei der Omega Boutique, wo nur Luxusuhren im Angebot sind, spielt der Wochentag eine untergeordnete Rolle. Der Laden scheint vor allem für Durchreisende gemacht, die in einem ganz anderen Zeit-Raum-Geld-Verständnis unterwegs sind.

Alles wirkt etwas verloren im «Circle».

Auch beim The Square im «Circle» ist heute morgen niemand im Laden anzutreffen ausser den zwei E-Mobility-Coaches. Der Laden ist der Elektroauto-Ableger des Autohändlers Amag und will den Umstieg aufs Elektroauto erleichtern. Eine Familie mit nassen Funktionsjacken hastet vorbei, sie wollen aber nur vom Zauberpark runter in die Bahnhofhalle des Flughafens und kein E-Auto kaufen. Etwas mehr Betrieb herrscht einzig beim «7th Space Virtual Reality & Lounge», das eine Gruppe Kinder in den virtuellen Räumen und verlässt den tristen Sonntag im «Circle» für kurze Zeit in eine andere Dimension.

ANDERE DIMENSION

Auch beim The Square im «Circle» ist heute morgen niemand im Laden anzutreffen ausser den zwei E-Mobility-Coaches. Der Laden ist der Elektroauto-Ableger des Autohändlers Amag und will den Umstieg aufs Elektroauto erleichtern. Eine Familie mit nassen Funktionsjacken hastet vorbei, sie wollen aber nur vom Zauberpark runter in die Bahnhofhalle des Flughafens und kein E-Auto kaufen. Etwas mehr Betrieb herrscht einzig beim «7th Space Virtual Reality & Lounge», das eine Gruppe Kinder in den virtuellen Räumen und verlässt den tristen Sonntag im «Circle» für kurze Zeit in eine andere Dimension.

Was ist uns der Sonntag noch wert?

Podiumsdiskussion mit:

- Christina Aus der Au, Theologin, Kirchenratspräsidentin, Evangelische Landeskirche des Kantons Thurgau
- Brigitta Danuser, em. Professorin für Arbeitsmedizin an der Universität Lausanne und ehemalige Präsidentin SGARM
- Kerstin Maurhofer, Verkäuferin

30. November 2023, 18.30 Uhr
Polit-Forum Bern im Käfigturm
Marktgasse 67, 3011 Bern

www.sonntagallianz.ch

Die Unia engagiert sich im Netzwerk Sonntagsallianz gegen die Aufweichung der Sonntagsruhe.

Migrationsgeschichte Die Frauen aus dem Süden

Die Italiener in der Schweiz – über sie wurde viel geschrieben. Aber was ist mit den Italienerinnen? Auch sie wanderten schon um 1900 zu Tausenden ein. Während sich die konservative Schweiz an den (männlichen) «Tschinggen» abarbeitete, blieb die weibliche Migration fast unsichtbar. Das will das Projekt «Libere di dover partire» von Manuela Ruggeri und Mattia Lento ändern. Die Filmemacherin und der Unia-Journalist haben eine Website entworfen, auf der man sich durch die weibliche italienische Migrationsgeschichte klicken, schauen und hören kann. Viele der Beiträge und Portraits sind hochaktuell. Denn die Einwanderung hält an. Und noch immer müssen sich Italienerinnen Sprüche anhören. Etwa: Wenn's euch hier nicht passt, seid ihr «libere di dover partire».

Hier geht es zur Website: www.libere.ch

US-Kapitalismus-Doku Reichtum als Kult

Seit 1980 läuft der US-Kapitalismus zunehmend aus dem Ruder. In vielen Branchen haben sich wieder Monopole gebildet. Die Finanzmärkte dürfen unreguliert weiterwuchern. Gleichzeitig entschied der Supreme Court, der oberste Gerichtshof der



FOTO: ZVG

Vereinigten Staaten, dass es für «unabhängige Wahlkampfausgaben» keine Grenzen gebe. Die US-Demokratie verkommt zu einem Jagdrevier für Superreiche. Was sich lohnt! Die 722 Milliardäre und 22 Millionen Millionäre der USA zahlen weniger Steuern als all ihre Angestellten – ganz legal. Warum aber ist das so? Das zeigt der Kultursender Arte in einem verblüffenden Doku-Dreiteiler.

Arte-Doku **Kapitalismus made in USA.** Reichtum als Kult. Von Cédric Tourbe, Frankreich 2023, 3 Folgen à 60 Minuten, gratis unter rebrand.ly/reichtum-als-kult.

Buchvernissage Auftrieb für Faschisten

Der Vertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923 besiegelte das Ende des Osmanischen Reichs und stiftete Frieden zwischen Ankara und den Westmächten. Noch immer gültig, legt der Vertrag die Grenzen der Republik Türkei fest. Aber er beeinflusste auch den Umgang mit ethnisch-religiösen Konflikten weltweit. Und zwar nicht im Guten. So erhoben die Lausanner Konferenzteilnehmer den Genozid an den Armeniern zum Tabu. Und der im Vertrag festgeschriebene Bevölkerungsaustausch wurde global zum Beispiel für «Konfliktlösung» durch «Entmischung der Völker». Lausanne beerdigte somit die sichere Zukunft für kleine Völker im Nahen Osten und gab auch faschistischen Strömungen Auftrieb. Das zeigt der Zürcher Geschichtswissenschaftler Hans-Lukas Kieser überzeugend in seinem neuen Buch.

Hans-Lukas Kieser: **Nahostfriede ohne Demokratie.** Der Vertrag von Lausanne und die Geburt der Türkei 1923, Chronos-Verlag, Zürich 2023, 344 Seiten, Fr. 48.–. Buchvernissage am 23. November, 19 Uhr, Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstrasse 12, Zürich.

Fotojournalist Werner Bischofs (1916–1954) Werke im Fotomuseum Die Hitze und das glühende Eisen brennen sich in unsere Augen

Eindrückliche Schwarzweissfotos waren sein Metier. Doch Fotojournalist Werner Bischof konnte es auch in Farbe. Und wie! Das zeigt jetzt eine tolle Ausstellung in Winterthur.

RALPH HUG

Es sind nur vier Bilder. Aber wer sie gesehen hat, vergisst sie kaum. Zu sehen sind Stahlarbeiter bei Escher Wyss im Jahr 1943 bei der Arbeit. Fotograf Bischof ging ganz nah ran. Die Gesichter der Buezer sind gezeichnet von Konzentration und Anstrengung. Kein Feuer, keine Glut, kein Rauch ist zu sehen – und doch steckt all dies in den Bildern drin. Die Hitze, der Schweiß und das glühende Eisen, sie brennen sich spürbar ins Auge der Betrachtenden, als stünden sie selbst am Hochofen. So meisterhaft verstand es Werner Bischof, die Essenz dieser Schwerstarbeit ins Bild zu setzen.

Bischof schoss diese Bilder im Auftrag der damals noch jungen Kulturzeitschrift «Du». Im Mai 1943 erschien ein Heft mit dem Titel «Der schweizerische Arbeiter». Zusammen mit Bischof fotografierten zwei wei-

Malt Farbe die Welt schön? Keineswegs, wie Bischof zeigt.

tere Meister ihres Fachs, Paul Senn und Jakob Tuggener, die Arbeitswelt der Nachkriegszeit. Das Besondere an Bischofs Fotos ist, dass er sie in Farbe aufnahm. Sein Ruf gründet sonst vor allem in eindrucklichen Fotoreportagen in Schwarzweiss (siehe Box).

Unter dem Titel «Unseen Colour» zeigt das Fotomuseum Winterthur nun Bischofs Farbaufnahmen. Das ergibt Sinn, denn Farbe war für Bischof schon früh sehr wichtig. In jungen Jahren wollte er Maler werden. Nur durch Zufall kam er an der Zürcher Kunstgewerbeschule in die Fotoklasse. Schnell fand er sich mit



ESSENZ DER SCHWERSTARBEIT: Werner Bischof lässt einen in die Welt der Schweizer Stahlarbeiter von 1943 eintauchen.

FOTO: KEYSTONE

der Kamera zurecht. Farbfotos waren in den 1930er Jahren nur aufwendig via Mehrfachkopien herzustellen. Bischofs Arbeiten überzeugen nicht nur durch die präzise Komposition, für die er berühmt ist. Sie bestechen zusätzlich durch eine eigentümlich sanfte Farbigkeit. Dies verleiht ihnen eine spezielle, fast betörende Aura.

DER SCHRECKEN DES KRIEGS

Malt Farbe die Welt schön? Keineswegs, wie Bischof zeigt. Das wohl eindrucklichste Foto in der Schau ist ein Junge aus den Niederlanden, dessen Gesicht im Zweiten Weltkrieg durch eine sogenannte Babymine sichtlich entstellt wurde. Die Schrecken des Kriegs erscheinen darin verstörend realistisch – das geht unter die Haut. Eine typische Bischof-Aufnahme halt. In Schwarzweiss würde das Foto nicht die gleiche Wirkung entfalten. Bischofs Aufnahme des zerbombten

Berlin mit seiner Häuserwüste bleibt ebenfalls im Gedächtnis haften. Sie gleicht aufs Haar jenen Bildern, die uns heute der Krieg in Gaza ins Haus liefert: Wahnsinn und Zerstörung pur.

Die Farbaufnahmen sind an eine zweite Ausstellung gekoppelt. Hier steht die wenig bekannte Rosellina Burri-Bischof im Zentrum. Rosellina war Bischofs Frau und zudem die spätere Gattin des ebenfalls berühmten Fotoreporters René Burri. Höchste Zeit, dass ihre Leistung gewürdigt wird, setzte sie sich doch unermüdlich für die Fotografie als Kunstform ein. Zwölf Jahre lang leitete sie die Schweizer Filiale der weltberühmten Fotoagentur Magnum. Mit den damals besten Fotoreportern wie David Seymour oder Robert Capa war sie per du. Auch sicherte sie deren Nachlass durch die Gründung einer Stiftung in New York. Ohne Rosellina und ihr breites

Ein genialer Fotoreporter: Werner Bischof

Er wurde nur gerade 38 Jahre alt. Und doch zählt er zu den bedeutendsten Schweizer Fotografen des 20. Jahrhunderts. Werner Bischof schuf mit seiner Kamera ikonische Bilder, die alle kennen, etwa den flötenspielenden Knaben aus Peru. Er reiste kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ins kriegsversehrte Europa, war später im Guerrillakrieg in Indochina präsent und fotografierte anschliessend auch in Japan, in den USA und in Südamerika. Dort ereilte ihn 1954 der Tod: Er stürzte in den Anden mit dem Auto in eine Schlucht. (rh)

Beziehungsnetz hätte die engagierte Reportagefotografie keinen so prominenten Platz in der Kunstgeschichte erobern können.

Bis 28. Januar 2024. www.fotomuseum.ch

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



DIE ZAHLEN ZEIGEN ES: HÖHERES RENTENALTER TÖTET

Ein höheres Rentenalter tötet. Das ist die traurige Botschaft einer neuen Studie* zu einer Rentenreform in Spanien. Die Reform erschwerte Beschäftigten die Frühpensionierung. Wenig überraschend schoben diese ihre Pensionierung auf. Aufhorchen lässt, dass die Beschäftigten, die neu länger arbeiten mussten, häufiger frühzeitig starben. Die Studie rechnet vor, dass mit einer Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr deutlich mehr Buezerinnen und Buezer früher sterben. Pro 1000 Beschäftigte versterben ohne höheres Rentenalter 98 im Alter zwischen 60 und 69 Jahren. Wird das Rentenalter um ein Jahr erhöht, sind es 42 Tote mehr. Ein enormer Anstieg.

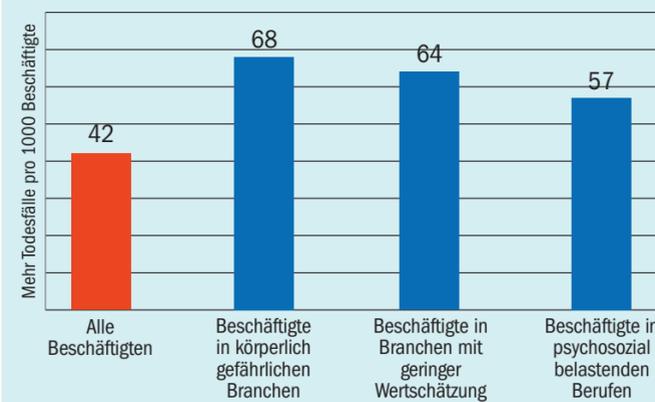
TÖDLICHE BELASTUNG. Die zusätzlichen Sterbefälle stehen im Zusammenhang mit der Belastung bei der Arbeit, der die Menschen wegen des

höheren Rentenalters länger ausgesetzt sind. Die Wahrscheinlichkeit zu sterben steigt nämlich am stärksten bei Beschäftigten in körperlich anspruchsvollen Branchen, aber auch in Berufen mit viel Stress und psychischem Druck. Ebenso sterben Beschäftigte, die in ihrer Arbeit wenig Wertschätzung erfahren, wegen des höheren Rentenalters häufiger früher. Hier zeigt sich, wie fatal die Ungleichheiten in unserer Arbeitswelt sein können. Sind es doch oftmals Beschäftigte mit tiefen und mittleren Einkommen, die wenig Wertschätzung erfahren und erst noch hohen Belastungen ausgesetzt sind.

GRAUSAME RENTENKÜRZUNG. Weil Beschäftigte häufiger früh sterben, erreichen weniger von ihnen den wohlverdienten Ruhestand. Oder sie können ihn weniger lange geniessen. Ein höheres Rentenalter senkt damit auf grausame Weise die Rentenanprüche. Und das zusätzlich zu den Rentensenkungen, die ein höheres Rentenalter sowieso mit sich bringt. Denn auch für Beschäftigte, die län-

Vermeidbare Todesfälle

Anzahl pro 1000 Beschäftigte, die zusätzlich zwischen 60 und 69 Jahren sterben, wenn das Rentenalter um 1 Jahr steigt. Basis für Schätzung: Reform der spanischen Frühpensionierung.



QUELLE: BELLES-OBREIRO, JIMÉNEZ-MARTÍN UND YE (2022)

ger leben, bedeutet jedes Jahr länger arbeiten ein Jahr weniger Rente. Ihnen entgeht damit viel Geld. So haben Schweizer Rentnerinnen und Rentner in der AHV im Durchschnitt Anspruch auf über 22000 Franken pro Jahr. Im kommenden März steht

deshalb viel auf dem Spiel, wenn wir über die Initiative der Jungfreisinnigen abstimmen, die uns zwingen wollen, bis 67 zu arbeiten.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

* Cristina Bellés-Obrero, Sergi Jiménez-Martín und Han Ye (2022): The Effect of Removing Early Retirement on Mortality. IZA DP No. 15577. rebrand.ly/rentenalter-studie



RÜSTIG: Yvonne Paccaud hat im Alter von 97 Jahren ihre erste Demo besucht – für ihre Rechte gekämpft hat sie allerdings schon früher. FOTO: ISABELLE HAKLAR

Als junge Frau bot Yvonne Paccaud (97) unanständigen Chefs Paroli

Die Nicht-Madame

Als die AHV noch jung war, arbeitete Yvonne Paccaud für den Gewerkschaftsbund. 73 Jahre später treibt sie die Sorge um dieses Sozialwerk an ihre erste Demo nach Bern. Und die Neugierde: Wie sieht ihr Büro heute aus? Und wer arbeitet darin?

CHRISTIAN EGG

«Also die Bäume, die standen damals noch nicht hier!» Die 97-jährige Yvonne Paccaud steht an der Berner Monbijoustrasse, vor dem Haus Nummer 61. Ein Rollator hilft ihr beim Gehen, ihr Sohn Yves begleitet sie, denn ihre Augen sind nicht mehr die besten. Aber wie es hier aussah damals, das weiss sie noch genau.

Dabei ist es fast ein Dreivierteljahrhundert her, seit sie das letzte Mal hier war: Von 1949 bis 1950 hatte sie eine Stelle beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) als Übersetzerin und Sekretärin. Jetzt will sie wissen: Wie sieht es heute aus, ihr Büro von damals? Und wer arbeitet jetzt darin?

Angereist ist sie aus Morges VD, denn nach dem Job beim SGB heiratete sie einen Waadtländer und lebt seither in der Westschweiz. Geboren und aufgewachsen ist sie aber hier in Bern. Ihre Mutter arbeitete als Schneiderin, ihr Vater im Institut für Geistiges Eigentum – «eine Zeitlang», so Paccaud, «im gleichen Büro wie Albert Einstein».

Zeitsprung in die Jugend von Yvonne Paccaud: Sie ist eine gute Schülerin und würde gern studieren, am liebsten Gesang. «Aber meine Eltern hatten kein Geld für die Studiengebühren. Fürs Konsi schon gar nicht, das war nur etwas für Reiche.» Also macht sie eine Handelslehre – und zieht dann nach Genf. Es habe sie gereizt, woanders zu leben, sagt sie. Und sie habe immer gern Französisch gesprochen. Mehr noch: «Es hat mich interessiert, bilingue zu werden.» Das ist ihr gelungen. Im Gespräch wechselt sie mühelos von Hochdeutsch über Französisch zu Bärndütsch.

In Genf gerät sie allerdings gleich zweimal an schlechte Chefs. Zuerst bei der Organisation ORT,

die Berufsausbildungen für jüdische Geflüchtete durchführt. Die ständig verbrauchte Luft im Büro macht sie krank. Auf Anraten des Arztes kündigt sie – doch die Organisation will ihr den ausstehenden Lohn nicht zahlen.

ALS JUNGE FRAU VOR GERICHT

Was tun? Paccaud, gerade mal 23 Jahre alt, die Eltern weit weg, lässt sich nicht beirren. Sie klagt vor Arbeitsgericht und bekommt recht. Rückblickend sagt sie: «Die Erfahrung, dass ich mich wehren kann, als junger Mensch und als Frau – das hat mir gutgetan.»

Der nächste Chef, bei einem Verlag, betatscht die Mitarbeiterinnen. «Nicht mit mir, habe ich dem gesagt. Und wieder gekündigt.»

Ihr Sohn Yves, 69, pensionierter Lehrer und Waadtländer SP-Grossrat, schmunzelt. Das sei typisch für seine Mutter, sagt er: «Sie ist immer freundlich, manchmal wirkt sie fast zerbrechlich – aber sie hat keine Angst. Vor niemandem!»

«Die Erfahrung, dass ich mich wehren kann – das hat mir gutgetan.» In Morges sei er einmal dabei gewesen, als seine Mutter auf der Strasse eine Freundin getroffen und mit ihr zu plaudern angefangen habe. Zum Ärger deren Mannes: «Er drängte seine Frau, weiterzugehen. Da sagt Maman zu ihm: «Hör zu, wenn's dir nicht passt, geh einen Kaffee trinken und lass uns hier in Frieden.»

«FANG GAR NICHT AN MIT MADAME»

Kaffee und Stückli vom Beck gibt's jetzt auch für Yvonne Paccaud im SGB-Sekretariat an der Monbijoustrasse. Die Mitarbeiterinnen der Administration haben den Besuch erwartet – und staunen, wie fit ihre Vorgängerin ist. Auch Daniel Lampart, Chefökonom und Sekretariatsleiter, begrüsst Paccaud und scherzt: «Als ehemalige Mitarbeiterin hast du das lebenslange Recht, an unserer Kaffeepause um 10 Uhr morgens teilzunehmen.»

Die Idee für Paccauds Besuch beim SGB hatte Thomas Zimmermann, Leiter der Administration. Er traf sie am 25. September an der AHV-Demo der Seniorinnen und Senioren – und erfuhr, dass sie die Anfänge der AHV auf dem SGB-Sekretariat miterlebt habe. Die Korrespondenz, die sie erledigte, habe oft von dem damals ganz neuen Sozialwerk gehandelt, erinnert sie sich: «Das war spannend.



IN JUNGEN JAHREN: Yvonne Paccaud (rechts) mit ihrer Schwester Marie-Louise. FOTO: ZVG

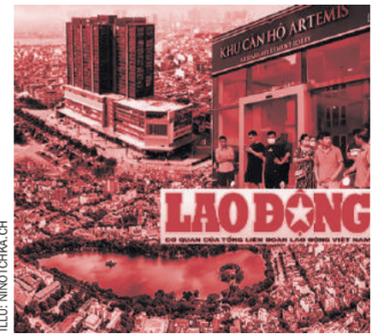
Und es war schön, an einer wichtigen Sache mitzuarbeiten.»

Heute entfernt sich die AHV immer weiter von ihrem Auftrag, wie er in der Verfassung steht: die Existenz im Alter zu sichern. Paccaud sagt, ihr selber fehle es zwar an nichts, denn zusätzlich zur AHV erhalte sie eine Rente von der Pensionskasse ihres verstorbenen Mannes: «Ich bin privilegiert. Aber wer nur die AHV hat, lebt nicht gut.»

Deshalb begleitete sie ihren Sohn an die Demo. Auch aus Neugier. In 97 Lebensjahren hat sie viel erlebt, doch an einer Demo war sie noch nie. Als Waadtländerin will sie natürlich ein paar Worte mit SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard wechseln. Und beweist einmal mehr «Esprit», wie Sohn Yves berichtet: «Er begrüsst sie mit «Bonjour, Madame» und wollte sie etwas fragen. Doch sie unterbrach ihn: Pierre-Yves, wir werden uns am Schluss sowieso duzen. Also fang bitte gar nicht an mit Madame.»

«DAS HIER WAR ES»

An der Monbijoustrasse wollen jetzt alle wissen: Welches war dein Büro, Yvonne? Das Haus wurde seither mehrmals umgebaut. Aber sie weiss noch: Es war auf der rechten Seite des Korridors und ziemlich klein. Thomas Zimmermann steht auf. «Komm, wir schauen mal.» Er geht mit ihr den Gang entlang, öffnet jede Tür. Am Ende ist Paccaud nicht ganz sicher. Auf dem Rückweg bleibt sie vor einer offenen Tür stehen. Ein Pult mit Computer, ein alter Einbauschrank. Es ist das kleinste Büro auf der rechten Seite. «Ich glaube, das hier war es», sagt sie. Thomas Zimmermann lacht und sagt: «Heute ist es das Büro von Pierre-Yves Maillard.»



Artemis auf Jagd in Hanoi

Den letzten Tag vor dem Semesterbeginn beginne ich gemütlich. Bei Sonnenschein und angenehmen 30 Grad geniesse ich den Morgenkaffee auf dem Balkon. Von meiner kleinen Wohnung aus habe ich eine phantastische



Kächs Konter
Marius Käch war Maurer in Zürich und ist jetzt Student in Hanoi.

Aussicht auf Hanoi. Unter mir liegen ein kleiner See mit Pagode, eine Schreinerei, eine familiäre Baufirma und viele kleine Häuser mit Familienbetrieben im Erdgeschoss. Trotz dem geschäftigen Treiben ist hier im Quartier alles angenehm ruhig. Ganz anders drüben in der Skyline, wo die modernen Wolkenkratzer stehen.

Beim Hochhaus ist ein Tumult im Gang.

SIRENEN. Dort ist beim Hochhaus «Artemis» ein Tumult im Gang. Aufgebrachte Bewohnerinnen und Bewohner, darunter viele Kriegsveteranen, blockieren die Zufahrt zur Tiefgarage. Auf ihren roten Bannern ist zu lesen: «Der Investor ignoriert den Regierungsbeschluss, die Sicherheit der Anwohner zu garantieren.» Was ist da bloss los? Höchste Zeit für einen Blick in die «Báo Lao Đông», die lokale Informationsquelle meines Vertrauens. «Báo Lao Đông» heisst so viel wie «Arbeitszeitung», sie ist also quasi das work Vietnam. Und sie berichtet Folgendes:

Die Investmentgesellschaft, der das «Artemis» gehört, hat die Parkgebühren für die über 1600 Mietenden über Nacht verdreifacht. Zudem hat sie kurzerhand alle Fahrzeuge von zahlungssäumigen Mietenden blockieren lassen. Verheerend für die Leute, die besonders auf ihre Roller, Scooter und Töffli angewiesen sind. Und frech! Denn Handlungsbedarf bestünde im «Artemis» an einem ganz anderen Ort: Die Brandschutzanlage ist futsch – und das seit Jahren. Eine Bewohnerin sagt: «Immer wieder gehen die Sirenen los, aber man weiss nie, ob es wirklich brennt oder wieder nur ein Fehlalarm ist.» Allein in diesem Jahr mussten die Eigentümer deswegen drei saftige Bussen an die Feuerpolizei blechen.

VOLKSKOMITEES. Grund genug für die «Artemis»-Leute, sich mit einem selbstorganisierten Komitee zur Wehr zu setzen! Hunderte beteiligen sich. Auch wurde sofort ein Fonds eingerichtet. Damit sollen die Anwältinnen und Anwälte bezahlt werden, die jetzt die Investmentgesellschaft verklagen. Und das örtliche Volkskomitee stellt Personal ab, um mit den Bewohnenden Treffen zu organisieren. So soll der Privatinvestor zum Dialog gebracht werden. Bisher verweigert er sich Verhandlungen komplett. Aber schon einmal musste er klein beigeben. 2018 protestierten die «Artemis»-Mietenden wegen unverantwortlich hoher Gebühren für Wasser und Strom. Und damals gelang es, mit Hilfe des Volkskomitees so viel Druck auf den Eigentümer auszuüben, dass dieser die Forderungen erfüllen musste. Auf dass sich dies wiederhole!



Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Schwer erkrankt: Darf mich mein Chef entlassen?

Ich (55) bin seit 5 Jahren in einem kleinen Familienunternehmen angestellt. Nun bin ich schwer erkrankt. Leider ist nicht absehbar, wann ich wieder voll arbeiten kann. Je nach Gesundheitszustand bin ich 20 bis 40 Prozent arbeitsfähig. Wir haben eine Krankentaggeldversicherung, die während 720 Tagen zahlt. Mein Chef hat durchblicken lassen, dass sie meine Stelle wohl bald neu besetzen müssen. Ich habe Angst, demnächst entlassen zu werden, und mache mir daher natürlich grosse Sorgen um meine finanzielle Existenz. Darf mich mein Chef entlassen, während ich arbeitsunfähig bin?

REGULA DICK: Während der Arbeitsunfähigkeit kann Ihnen während einer gewissen Zeit nicht gekündigt werden. Es besteht eine sogenannte Sperrfrist. Sie befinden sich im 5. Dienstjahr, somit dauert Ihre Sperrfrist 90 Tage. Sobald Sie ins 6. Dienstjahr kommen, gilt eine Sperrfrist von 180 Tagen. Das bedeutet, dass sich die Sperrfrist verlängert. Dabei werden die Sperrfristtage, die bereits abgelaufen sind, abgezogen. Glücklicherweise



EXISTENZANGST: Eine Arbeitsunfähigkeit löst viele Sorgen aus. FOTO: ALAMY

verfügen Sie über eine Krankentaggeldversicherung. Ratsam ist es, sich bereits jetzt zu erkundigen, ob es sich dabei um eine Krankentaggeldversicherung handelt, die auch über das Ende des Arbeitsvertrages hinaus für Ihren Krankheitsfall Leistungen erbringt, oder ob der Übertritt in die Einzelfalltaggeldversicherung notwendig wird. Falls absehbar ist, dass Sie noch sehr lange arbeitsunfähig bleiben werden, sollten Sie sich bei der IV anmelden, in jedem Fall spätestens nach sechs Monaten.

Freigestellt: Erhalte ich noch Spesen?

Mein Arbeitgeber hat mir gekündigt und mich freigestellt. Meine Kündigungsfrist beträgt drei Monate, zudem stehen mir noch fünf Wochen Ferien zu, und ich habe 200 Überstunden. Ausserdem habe ich Anspruch auf eine Spesepauschale von 300 Franken pro Monat und darf das Geschäftsauto auch privat nutzen. Im Arbeitsvertrag ist zu den Überstunden nichts geregelt. Auch nicht dazu, was mit den Spesen während einer Freistellung passiert. Habe ich weiterhin Anspruch darauf, und muss ich die Ferien jetzt beziehen? Und was passiert mit dem Geschäftsauto?

REGULA DICK: Während der Freistellung schuldet Ihnen Ihr Arbeitgeber das, was er Ihnen hätte zahlen müssen, wenn Sie gearbeitet hätten. Auch der Anspruch auf die unentgeltliche Verwendung des Firmenwagens besteht weiterhin. Da Sie Pauschalspesen vereinbart haben, müssen diese weiterhin ausbezahlt werden. Anders wäre dies nur, wenn Sie vereinbart hätten, dass Ihnen nur Spesen für ausgewiesene Auslagen vergütet würden. Während der Freistellung besteht weiterhin ein Ferienanspruch, den Sie entweder beziehen können oder der Ihnen am Ende des Arbeitsverhältnisses ausbezahlt werden muss. Gestützt auf die Gerichtspraxis ist davon auszugehen, dass Ihnen zugemutet werden kann, etwa einen Drittel der Kündigungsfrist als Ferien zu beziehen. Überstunden müssen Sie nicht beziehen. Diese müssen Ihnen somit ausbezahlt werden.

Die Grippezeit hat begonnen: Wann wir besser zu Hause bleiben und wie Corona unser Verhalten verändert hat

Ein Pfnüsel kommt selten allein

Viele Leute sind verunsichert: Bei welchen Symptomen muss ich zu Hause bleiben? Sind Coronatests noch sinnvoll? Wann brauche ich ein Arztzeugnis? work beantwortet die wichtigsten Fragen zur Grippezeit.

MARIA KÜNZLI

Gibt es zurzeit offizielle Empfehlungen, bei welchen Symptomen man zu Hause bleiben soll?
Auf der Website des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) heisst es eher allgemein: «Wenn Sie Erkältungssymptome haben, sollten Sie Kontakte mit anderen Personen, insbesondere mit besonders gefährdeten Personen, vermeiden und zu Hause bleiben. Falls das nicht möglich ist, tragen Sie eine Maske und halten Sie Abstand.» rebrand.ly/bag-empfehlung

Eigentlich sei die Situation momentan wie vor Corona, so Brigitta Danuser, Arbeitsmedizinerin: «Jeder und jede muss sich auf sein Gefühl verlassen, wann zu Hause zu bleiben klüger ist als

Es ergibt für niemanden Sinn, wenn Sie sich krank zur Arbeit quälen.

zu arbeiten und womöglich die Kolleginnen und Kollegen anzustecken.» Etwas habe sich jedoch geändert: «Früher war es in vielen Betrieben selbstverständlich, auch krank zur Arbeit zu erscheinen. Ich erlebe in meinem Umfeld, dass sich Mitarbeitende öfter zu Hause auskurieren als vor der Pandemie oder dass sie eine Maske tragen, wenn sie nicht ganz gesund sind.» Auch von Arbeitgeberseite her sei die Erwartung, dass Mitarbeitende in möglichst jedem Fall zur Arbeit kommen, deutlich kleiner geworden.

Sollte ich bei einer Erkältung nicht arbeiten gehen?

«Das lässt sich nicht genau und für jeden Fall definieren», sagt Arbeitsmedizinerin Danuser. «Ich bin auch schon erkältet an einer wichtigen Sitzung erschienen. Aber: Wenn man sich krank fühlt, arbeitet man nicht gut.» Es ergibt für niemanden Sinn – weder für

einen selbst noch für das Umfeld und den Betrieb –, wenn Sie sich krank zur Arbeit quälen.

Wann ist es sinnvoll, einen Coronatest zu machen?
Spielt es eine Rolle, ob man Corona oder Grippe hat? Mittlerweile sind schwere Verläufe bei Corona sehr selten. Auch Brigitta Danuser sagt: «Jetzt rollt die Grippezeit sowieso an, und Corona ist mittlerweile in unserem Empfinden wie eine Grippe.» Ein Coronatest ist also nicht zwingend, sofern die Krankheit ohne Komplikationen verläuft und Sie sich zu Hause auskurieren können. Allerdings sei die Angst vor Long Covid nach wie vor da und auch das Risiko, daran zu erkranken, nicht klein, so Danuser. Ein PCR-Test kann Ihnen im Fall einer Long-Covid-Erkrankung dabei helfen, bei Versicherungen zu Ihrem Recht zu kommen (mehr erfahren unter: rebrand.ly/long-covid-erkrankung).

Wann darf die Chefin oder der Chef ein Arztzeugnis verlangen?

Nach einer bestimmten Frist, die in der Regel im Arbeitsvertrag festgelegt ist. Meistens sind das drei oder fünf Tage. Es gibt aber auch Arbeitgeberinnen, die bereits nach einem Tag eines einfordern. Rechtlich gesehen ist das erlaubt. «Wenn man gezwungen ist, schnell ein Arztzeugnis vorzuweisen, ist das eher kontraproduktiv», sagt Brigitta Danuser. Wenn man eine banale Krankheit habe, brauche es nicht unbedingt einen Arztbesuch. Erfolge dieser nur deshalb, um ein Arztzeugnis zu beschaffen, weil es vom Betrieb her verlangt werde, treibe das die Gesundheitskosten unnötig in die Höhe. «Da wünschte ich mir von Arbeitgeberseite her mehr Kulanz – und auch mehr Vertrauen den Mitarbeitenden gegenüber», sagt Danuser.

Das Arztzeugnis muss über den Beginn, den Grad und die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit informieren. Über die Diagnose darf das Arztzeugnis keine Auskunft geben. Diese fällt unter das Arztgeheimnis. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Chefin oder Ihren Chef über die Diagnose zu informieren.

WORKTIPP

MAILS AUS DEM KRANKENBETT?

Sie haben ein Arztzeugnis und kurieren zu Hause die Grippe aus, trotzdem verlangt die Chefin oder der Chef von Ihnen, dass Sie Ihre Mails checken und geschäftliche Anrufe von zu Hause aus führen? Das ist nicht rechtens. Sie sind nicht verpflichtet, auf Mails oder geschäftliche Anrufe zu reagieren, während Sie krank geschrieben sind. Was gilt, ist allein das Urteil des Arztes oder der Ärztin. Verweisen Sie Ihren Chef oder Ihre Chefin auf das Arztzeugnis und darauf, dass Ihnen Ruhe verschrieben worden sei.

aussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit informieren. Über die Diagnose darf das Arztzeugnis keine Auskunft geben. Diese fällt unter das Arztgeheimnis. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Chefin oder Ihren Chef über die Diagnose zu informieren.

Wie lange darf ich zu Hause bleiben, wenn mein Kind krank ist?

Das Arztzeugnis muss über den Beginn, den Grad und die vor-



GESUNDHEIT: Taschentücher-Produzenten haben derzeit wieder Hochkonjunktur. Meist quält uns aber mehr als ein Schnupfen, und dann bleiben wir besser zu Hause. FOTO: GETTY IMAGES

Pro Krankheitsereignis darf sich ein Elternteil bis zu drei Tage zu Hause um das Kind kümmern, bei voller Lohnfortzahlung. Viele Gesamtarbeitsverträge sehen aber einen Betreuungsurlaub von fünf Tagen vor. Betriebe dürfen laut Arbeitsgesetz ein Arztzeugnis des Kindes verlangen. Auch hier gilt: Im Arztzeugnis darf keine Angabe über die Diagnose gemacht werden. Wenn ein Kind länger als drei Tage krank ist, müssen die Eltern eine Betreuung organisieren (siehe Text rechts). Handelt es sich um eine schwere Erkrankung oder einen schweren Unfall, haben die Eltern ein Anrecht auf einen Betreuungsurlaub von bis zu 14 Wochen – in diesem Fall haben sie statt des Lohns Tagelöhner

aus der Erwerbersatzordnung (EO) zugute. Dabei handelt es sich um 80 Prozent des versicherten Verdienstes. Der Betreuungsurlaub muss nicht am Stück bezogen werden, aber innerhalb von 18 Monaten (mehr zum Thema im work-Archiv: rebrand.ly/betreuungsurlaub).

Über die Diagnose darf ein Arztzeugnis keine Auskunft geben.

laub muss nicht am Stück bezogen werden, aber innerhalb von 18 Monaten (mehr zum Thema im work-Archiv: rebrand.ly/betreuungsurlaub).

Was ist, wenn der betreuende Elternteil krank wird?
Ist der Elternteil krank, der das Kind normalerweise betreut, darf der andere Elternteil die drei re-

spektive fünf Tage Betreuungsurlaub beziehen und hat in dieser Zeit Anspruch auf den vollen Lohn. Diese arbeitsfreie Zeit muss nicht nachgearbeitet werden.

Darf ich zu Hause bleiben, um ein anderes erkranktes Familienmitglied zu unterstützen?
Ist ein Familienmitglied oder die Partnerin beziehungsweise der Partner krank oder nach einem Unfall auf Betreuung angewiesen? Dann haben Sie das Anrecht auf drei bezahlte Urlaubstage pro Ereignis. Im Gegensatz zur Betreuung kranker Kinder gibt es in diesem Fall aber eine Beschränkung: Pro Jahr können höchstens zehn solcher Urlaubstage bezogen werden.

KINDERBETREUUNG

WER HILFT IM NOTFALL?

Ist Ihr Kind länger als drei Tage krank, sind Sie verpflichtet, eine Betreuung für das Kind zu organisieren. Doch was passiert, wenn der andere Elternteil nicht und auch sonst niemand einspringen kann?

HILFE VON AUSSEN. Für solche Situationen gibt es Organisationen, die Kinderbetreuung für Notfälle anbieten, zum Beispiel den Kinderbetreuungsdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (www.redcross.ch). Da das SRK in Kantonalverbänden organisiert ist, variiert auch das Angebot von Kanton zu Kanton stark. Informieren Sie sich bei Ihrer Wohngemeinde über das Angebot. Für die Kosten der Betreuung müssen Sie selber aufkommen, wobei es hier Einschränkungen gibt: Arbeiten Sie zu einem Tieflohn, gilt es nicht als zumutbar, eine kostspielige Notfall-Nanny zu bezahlen, ausser Ihre Firma übernimmt die Kosten.

VORAUSSETZUNGEN. Es gilt ebenfalls nicht als zumutbar, ein jüngeres Kind in neuer Umgebung von einer unbekanntenen Person betreuen zu lassen. In diesem Fall kann laut Gesetz eine Arbeitsverhinderung (OR 324a) vorliegen, die eine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach sich zieht. Sofern weitere Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. spielt die Länge des Arbeitsverhältnisses eine Rolle), haben Sie dann Anspruch auf Arbeitsbefreiung einschliesslich Lohnfortzahlung. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GUT HINSCHAUEN: Es gibt Apps, die auf unsere Daten zugreifen und davon profitieren wollen. Doch wir können das verhindern. FOTO: SHUTTERSTOCK

Privatsphäre: Manche Apps wollen viel zu viel

Apps sind nützlich. Je nach Funktion benötigen sie Zugriff auf Daten des Handys. So muss zum Beispiel die Kamera-App auf die Kamera zugreifen und die Navigations-App den Standort ermitteln können. Viele Apps verlangen aber Zugriff auf Daten, die unnötig sind. Im schlimmsten Fall können Hacker auf diese Weise Zugriff auf Handy-Funktionen erhalten. Sie sollten deshalb ihre Berechtigungen einschränken.

ANDROID: Unter «Einstellungen» > «Sicherheit & Datenschutz» > «Datenschutz» > «Berechtigungsmanager» sehen Sie, welche Apps auf welche Daten zugreifen. Im Zweifelsfall gilt: Zugriff ausschalten. Wichtig: Es sollte nur eine App unter «SMS» und «Telefon» stehen. Denn solche Apps können kostenpflichtige SMS verschicken oder überarbeitete 0900er-Nummern anrufen. An gleicher Stelle unter «Datenschutzzeinstellungen» legen Sie fest, welche Apps Zugriff auf Mikrofon, Kamera und andere Funktionen haben. Dann zu «Einstellungen» > «Apps» navigieren, ganz nach unten scrollen und auf «Spezieller App-Zugriff» tippen. Teilweise müssen Sie zuerst «Erweitert» wählen, dann auf der Liste einen Punkt nach dem anderen antippen und unnötige App-Zugriffe entfernen.

Im schlimmsten Fall bekommen Hacker Zugriff auf das Handy.

Apple: «Einstellungen» > «Datenschutz & Sicherheit» zeigt, welche Apps auf welche privaten Daten und Sensoren zugreifen – etwa auf das Mikrofon. An gleicher Stelle können Sie den Zugriff ausschalten. Unter «Ortungsdienste» kann man den Zugriff der Apps einstellen. Dafür auf die App tippen. Es erscheint eine Liste mit «Nie», «Beim Verwenden der App» oder «Immer». Wer unsicher ist, sollte «Nie» oder «Beim Verwenden der App» wählen. CHRISTIAN BIRMELE



TRAINING FÜR DEN KOPF: Wir haben im Leben nie aus gelernt. Es lohnt sich, einen Blick auf das neue Movendo-Kursprogramm zu werfen. FOTO: FREPIK

Das Kursprogramm für 2024 von Hirnnahrung à

Als Unia-Mitglied haben Sie ein Anrecht auf einen bezahlten Movendo-Kurs pro Jahr. Das Bildungsinstitut bietet viele Weiterbildungen an. Nutzen Sie die Chance! work hat da ein paar Vorschläge für Sie:

MARIA KÜNZLI

POLITIKWISSEN FÜR JUNGE MENSCHEN. Politik – für Sie ein Buch mit sieben Siegeln? Das muss nicht sein! Im Movendo-Kurs «Politik verstehen: Einstieg für junge Menschen» erklären die Referierenden Tamara Funicicchio (Nationalrätin) und Florian Vock (Soziologe) das politische System der Schweiz anschaulich mit praktischen Beispielen und aktuel-

len Themen. Sie lernen dabei, dass jede und jeder die Politik mitgestalten kann – und dass das gar nicht so schwer ist. Der Kurs richtet sich an Personen unter 40 Jahren.

WISSEN, WAS AUF EINEN ZUKOMMT. Es zu ignorieren bringt nichts: wir alle werden alt. Und mit dem Alter kommt die Rente. Doch wie verändert sich die finanzielle Situation mit der Pensionierung? Der ein-tägige Kurs «Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter?» erklärt, wie die AHV-Rente berechnet wird, wie Ergänzungsleistungen funktionieren und wie der Vor-segungsweis zu lesen ist. Dieser gibt Aufschluss darüber, wie hoch die Rente aus der Pensionskasse sein wird.

Movendo ist da: Bilden Sie sich weiter! discrétion

SELBSTSICHER AUFTRETEN. Sie bekommen schon beim Gedanken daran Schweissausbrüche, vor einer Gruppe zu sprechen? Im Kurs «Selbstsicheres Auftreten» wird Ihnen geholfen: Sie lernen auf lustvolle Art, Unsicherheiten zu überwinden und

Fehlt Ihnen der Mut, eine Lohnerhöhung einzufordern?

offen auf andere zuzugehen – mit vielen Tipps und Videotraining. Ja, auch an diesem Kurs teilzunehmen braucht Mut. Aber es lohnt sich. Und Sie sind unter Gleichgesinnten!

GEWAPPNET FÜR DAS QUALIFIKATIONSGESPRÄCH. Sie denken, Sie hätten nun endlich auch

eine Lohnerhöhung verdient, aber im Mitarbeitendengespräch fehlen Ihnen der Mut und die Argumente, um sie erfolgreich einzufordern? Im Kurs «Vorbereitung auf das Mitarbeitendengespräch und Lohnverhandlungen» lernen Sie, wie Sie Ihren Wert für das Unternehmen mit Verhandlungsgeschick vermitteln können. Der Kurs steht allen offen, richtet sich aber speziell an junge Menschen mit wenig Berufserfahrung.

ENDLICH SCHLAFEN. Schlafen hält gesund, entspannt und macht leistungsfähig. Guter Schlaf ist zentral für unsere Gesundheit und für unser Wohlbefinden. Der Kurs «Rund um den Schlaf» vermittelt Basiswissen zum Schlaf, themati-

GRATIS-WISSEN FÜR ALLE JEDER KANN

Movendo bietet auch Live-Webinare an. Diese interaktiven Online-Workshops greifen aktuelle Themen auf, dauern eine bis vier Stunden und werden von erfahrenen Fachpersonen durchgeführt. Die Teilnahme steht allen Interessierten offen und ist kostenlos. A propos kostenlos: Ein Movendo-Kurs pro Jahr ist für Unia-Mitglieder kostenlos. Falls Sie innerhalb eines Jahres mehrere Kurse besuchen möchten, gilt ein vergünstigter Tarif. Alle Infos unter: www.movendo.ch.

Das gesamte Kursprogramm 2024 finden Sie hier: rebrand.ly/movendo-2024

Reka-Wintertipps Auszeit gefällig?

Ob mit Hund, Familie oder allein: die Schweizer Reisekasse (Reka) bietet für alle etwas – und Unia-Mitglieder geniessen einen Spezialrabatt.

Wie wär's mit einer winterlichen Auszeit? Bei der Schweizer Reisekasse (reka.ch) finden Sie bestimmt das Passende. Als Unia-Mitglied bekommen Sie 10 Prozent Rabatt auf alle Reka-Ferienwohnungen. Geben Sie bei der Onlinebuchung Ihre Mitgliedsnummer an, anschliessend zieht die Reka den Rabatt ab.

DREI TIPPS. Wie wär's mit einer Schneeschuhwanderung gemeinsam mit Ihrem Hund in Disentis? Gemeinsam mit anderen Hundehalterinnen und Hundehaltern wandern Sie durch verschneite Märchen-

landschaften. Das Angebot beinhaltet zwei geführte Schneeschuhwanderungen inklusive Ausrüstung.

Im Reka-Feriedorf Urnäsch (rebrand.ly/reka-feriedorf) kommen Familien auf ihre Kosten: Am Fusse des Säntis lässt es sich prima wandern, Ski und Langlauf fahren, im Feriedorf gibt es ein Hallenbad und viele Beschäftigungsmöglichkeiten. Eltern können in der Sauna entspannen, während die Kleinen im Rekalino-Club gut aufgehoben sind.

Sie wollen Volksfest mit Skifahren verbinden? Dann ist der Walliser Hexenzauber in Blatten-Belalp etwas für Sie. Im Januar findet der verrückte Volkskühlplausch «Belalp Hexe» statt. Machen Sie mit oder schauen Sie einfach zu – Spass macht es so oder so. Alle Infos hier: rebrand.ly/belalp. (mk)

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 18
Das Lösungswort lautet: PFLAGENTSTAND



geneigte Bergseiten			dt. Schauspielerin (Katja)	Zentrum f. Forschung i. Kt. GE	Spende, Zahlung			später als erwartet	Disneyfilm (1942)	eingeschaltet	vollkommen, perfekt		hohe Spielkarte		(etwas) nach oben bewegen	Irrtümer (lat.)	erste Frau Jakobs (AT)	modern, populär
Martullo... verpasst der Syna Re-deverbot	6							Sinken der Börsenkurse			12				Lehrer Samuels			
kurzer engl. Gruss			wild lärmend spielen		... Frauen sind immer noch hässig				4				Beweisstück		subarkt. Hirsch			
Arbeitsbeginn				5				Auspuffausstoss		Fahrt, Ausflug		schweiz. Eishockey-goalie						Gegen Stellen... in den Spitälern
					Markierung des Spielfeldes		nicht empfehlen							10	Läden (engl.)		auf jeden Fall	
zementartiger Baustoff		Chronometer Mz.		eh. CH-Eiskunstläufer								Jazzvariante (Kw.)		Hochsprunggerät			3	
grossherzig							hierhin		Zitterpappeln		aus diesem Grund							
			13	Insekt		Unfaire Arbeitgeber machen ...								Alphirt		weibl. frz. Artikel		
kleinste zweistimmige Zahl		zweistimmige Gesänge		kleiner Kniff, Trick							Verband von Schiffen		Dreschabfall				7	
kleine Vertiefung						nonverbal. Ausdruck		Hochschulreife		Computerdateien (engl.)			8		ital. Stadt u. Provinz		Kantonshauptort	
				Jazzfestivalchef † 2013		Essgeschirr f. Soldaten			1				Säugetier		Tanzschritt			
jetzt, in diesem Moment		angrenzend, benachbart								schweiz. Radio- u. Fernsehges.		Rechtsbeistand, Jurist						
Futtergefäss					auf diese Weise, derart		ugs.: sowieso		Level, Abschnitt			9		kurz für: an dem		männl. Fürwort		
Golfabschlaghilfen		... die Reichen!											... an die Macht!				11	
					Loch in der Nadel				Gallertsubstanzen					Planet				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 24. November 2023

DEN PREIS, ein Reka-Card-Guthaben von 200 Franken, hat gewonnen: Anna Naik, Zürich.
Herzlichen Glückwunsch!

INSERT



Der Bundesrat will es ausgewählten Läden erlauben, sonntags zu öffnen.



Was ist uns der Sonntag noch wert? Eine Verkäuferin, ein Arbeitsmediziner und eine Theologin diskutieren die sozialen und gesundheitlichen Effekte.



WORKLESERFOTO



Der Herbst-Cocktail

WANN 6. November 2023
WO Pfaffhausen ZH
WAS Regenauffangschale mit Herbstmosaik
 Eingesandt von Sandra Kettner, Pfaffhausen

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 18 / 3.11.2023:
3 PROZENT MEHR LOHN FÜR COOP-VERKAUFERINNEN
Nur ein Tropfen

Die 140 Franken, die es mehr gibt, sind nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Es ist aber ein guter Schritt in die richtige Richtung. Krankenkassen, Essen, ÖV, Versicherungen, Wohnungen... alles wird teurer. Da sind die 140 Franken schon lange aufgefressen und reichen bei weitem nicht.

FRANZISKA RÜTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

WORK 18 / 3.11.2023:
WAS ÄNDERT DAS RECHTSRÜTSCHLI?
Gut gemacht

Nur im work lese ich jene Würdigung der Wahlen, die auch meiner Wahrnehmung entspricht, danke. Andere Medien bleiben in der Aufregung des Moments hängen und bilanzieren die üblichen vier Jahre. Sie schauen acht Jahre zurück, aber das Wahlresultat ist noch unsppekta-

kulärer, wenn man vier statt nur zwei Legislaturperioden zurückschaut. Die Tendenz über 16 Jahre: Links ist stabil, Grün gewinnt, Die Mitte und FDP schwächeln, SVP stagniert, Rechtsausen hat Zulauf. Echten Fortschritt muss man innerhalb der Parteien und in der Zivilgesellschaft suchen, denn nichts ist so konstant wie die Veränderung. In den Parteien sind alle grüner geworden, fast alle sind weiblicher, teils sozial-liberaler... mit Einschränkungen natürlich. Trotzdem akzentuiert sich die Auseinandersetzung.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

WORK 18 / 3.11.2023:
EIN FIESER HAMMER AUS HERRLBERG!

Wer die SVP wählt...

Aber die SVP kämpft doch für das Volk, für den einfachen Arbeiter? Sie sind halt gmögig und werden deswegen gewählt. Jeder Arbeitnehmer, der SVP wählt, sollte sich mal hinsetzen und die Politik dieser Gruppierung genauer anschauen!

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

WORK 17 / 20.10.2023: RUNDGANG IN EINEM DENKMAL DER SCHANDE

Scheinheilig!

Wieso erstaunt mich das nicht? Ausbeutung! Und wir regen uns über Katar auf. So eine Scheinheiligkeit!

RENÉ SCHWYZER, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

Nachruf Kurt Maurer-Zürcher
 10. 9.1938 – 17.10.2023



Die Nachricht, dass Kurt Maurer-Zürcher im 85. Altersjahr am 17. Oktober 2023 unerwartet verstorben ist, hat uns sehr berührt und sehr traurig gemacht.

Kurt war über 68 Jahre ein überaus geschätzter und aktiver Gewerkschafter. Er war in zahlreichen und unterschiedlichen Funktionen in der Organisation aktiv. Bereits als 17-jähriger Lehrling trat er der Gewerkschaft bei und blieb ihr bis zum Schluss treu. Aktiv machte er sich über all die Jahre für die Interessen der Arbeitnehmenden stark. In der Gruppe Sulzer Bern, dem Sektionsvorstand Bern oder als Präsident der Rentner:innen-Gruppe. Er hat bis im Jahr 2020 im Vorstand der ehemaligen Sektion Bern die Interessen

der Rentnerinnen und Rentner vertreten. An unzähligen Versammlungen, Aktionen und Kampagnen wirkte er mit viel Herzblut mit. Die Gewerkschaft war immer Teil seines Lebens, in die er viel Zeit und Energie investierte. Zuerst in der Gewerkschaft Smuv und ab 2005 in der Gewerkschaft Unia.

Seit vielen Jahren agierte er als Gruppenpräsident der Smuv-Rentnergruppe. Mit grossem Einsatz, Engagement und Leidenschaft hat er den Rentnerinnen und Rentnern manch schöne Reise beschert und Versammlungen organisiert. Auch die Jahresschlussfeier auf der Moosegg war immer sehr gut besucht und für viele ein fester Bestandteil ihrer Jahresplanung.

Schwer war der Moment für Kurt, als seine geliebte Ehefrau Elisabeth im Jahr 2015 verstarb. Sein gewerkschaftliches Umfeld half ihm in der schweren Zeit und gab ihm Halt.

Wir trauern um einen sehr verdienten Gewerkschafter. Kurt wird nicht nur in der Unia und bei den Rentnerinnen und Rentnern eine grosse Lücke hinterlassen.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen, denen wir unser tiefes Beileid aussprechen.

Stefan Wüthrich, Co-Leitung Einheit Bern/Oberaargau-Emmental



oginiral®

Elektrotechnikerin Grazia Prezioso (48) weicht vor keinem Konflikt zurück

«Ich mache überall Revolution!»

Grazia Prezioso hat sich in den letzten 13 Jahren von der Reinigerin zur Qualitätsprüferin hochgearbeitet. Mit der Unia kämpft sie für alle Frauen in der Arbeitswelt.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

work trifft die gelernte Elektrotechnikerin Grazia Prezioso (48) in ihrem Zuhause, einer kleinen Wohnung an einer Bahnlinie in Winterthur, wo sie mit ihrem Mann und ihren zwei Töchtern (16 und 12) lebt. Die gebürtige Apulierin mit der auffällig breiten Brille legt sofort los: «Ich bin eine Rebellin und mache überall Revolution, aber bei Micronel, da, wo ich jetzt arbeite, habe ich meine Ruhe gefunden. Ich lache sehr viel und habe Spass. Ich will hierbleiben bis zur Pensionierung.» Prezioso erzählt, dass sie jetzt gerade eine Weiterbildung in Qualitätsmanagement und als Auditorin absolviert habe. Das rechne sie ihren Chefs hoch an, dass sie ihr diese Weiterbildung finanziert hätten, obwohl sie immer noch nicht ganz so gut Deutsch spreche.

QUALITÄTSKONTROLLE. Ein typischer Arbeitstag beginnt für Prezioso um 7 Uhr morgens in der Fabrik in Tagelswangen ZH. «Ich beginne gerne früh, damit ich am späteren Nachmittag auch noch meine Töchter ins Training bringen kann, auch wenn ich 100 Prozent arbeite.» Prezioso ist bei Micronel, einem Hersteller von Miniaturlüftern, in der Wareneingangskontrolle als Qualitätsprüferin tätig. Die Ventilatoren, die in der Fabrik montiert werden, bestehen aus Dutzenden von unterschiedlichen Teilen aus Metall, Plastic, Gummi und Elektrolatinnen. Für jedes Teil gibt es eine Spezifikation. Wenn ein Teil nicht konform ist, schreibt Prezioso eine Beanstandung an den Lieferanten. Prezioso arbeitet auch gerne mit den Technikerinnen und Technikern im Haus zusammen. Schon immer sei sie eine Tüftlerin gewesen und habe sich in typischen «Männerberufen» wohl gefühlt. Sie sei auch fixiert auf Robotik und künstliche Intelligenz und nutze Chat GPT sowohl bei der Arbeit wie auch in der Freizeit. Und wenn es zu Hause etwas zu reparieren gebe, kümmere sie sich darum – nicht ihr Mann.

KENNERIN DER MEDTECHBRANCHE. Seit drei Jahren arbeitet Prezioso nun bei der Micronel AG: «Wir entwickeln und vertreiben Miniaturgebläse für Luftdruckpumpen. Diese kommen vor allem in Spitälern in medizinischen Geräten zum Einsatz», erklärt sie. Prezioso hat verschiedene Stationen in Industriebetrieben hinter sich. Zuletzt war sie bei der Medizinaltechnikfirma Zimmer Biomet, die früher zu Sulzer Medica gehörte. Dort arbeitete sie während Monaten Nachtschicht im Reinraum, wo sie unter sterilen Bedingungen

im Schutzanzug Prothesen verpackte. Das war auch der Moment, in dem sie Unia-Mitglied wurde. «Ich habe eine Petition für eine Reinstaubzulage lanciert, aber danach wurde ich von den Chefs als rebellische Frau gemobbt», erinnert sie sich. Mit den anderen Frauen aus der Nachtschicht stellte sie Forderungen auf. Als Reaktion setzte ihre Firma sie auf die Strasse. «Das Motto dieser Chefs war: Wegwerfen und eine Neue einstellen», sagt sie. Am Ende sei sie aber froh gewesen, dass sie wegkam. Wegen der Nachtschichten und der strengen Arbeitsbedingungen im Reinraum hätte sie auch grosse gesundheitliche Probleme gehabt. «Ich hatte am ganzen Körper Herpes und bin einen Monat ausgefallen.»

ARMBRUSTSCHÜTZIN. Die jetzige Arbeit habe ihr ganzes Leben zum Besseren verändert. Sie verdiene jetzt den grösseren Teil des Familieneinkommens. Als die Familie 2010 mit der dreijährigen Tochter in die Schweiz gekommen sei, sei das noch ganz anders gewesen. Damals lebten sie in dem Angestelltenzimmer eines Restaurants in Meilen ZH. Mit dem Gastrolohn ihres Mannes konnten sie sich kaum etwas leisten.

Über die Vermittlungsfirma Adecco begann Prezioso damals als Reinigerin zu arbeiten und startete auch mit einem Deutschkurs. Heute, 13 Jahre später, ist sie im Einbürgerungsprozess. «Ich bin jetzt sogar im Armbrustverein Effretikon.» Prezioso ist aber nicht nur Armbrustschützin, sie ist auch aktives Mitglied der «Be-

wegung für Sozialismus». Und bei der Unia ist Prezioso inzwischen Präsidentin der IG Frauen, in der SGB-Kommission und im Regiovorstand. Auch bei Micronel hat Prezioso viel für das Sozialleben in der Firma getan: Mit geselligen Pausen bei Schokolade und Kuchen habe sie angefangen, und inzwischen organisiere sie regelmässig gemeinsame Mittagessen. Sie seien im Team jetzt wie eine Familie: «Ich merke gar nicht mehr, wie streng die Arbeit eigentlich ist, wir haben hier ein Vertrauensverhältnis und ein gutes Klima geschaffen.»

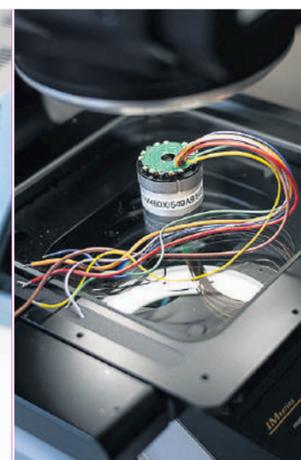
Mit der Unia will Prezioso weiterkämpfen, Gesamtarbeitsverträge verbessern und gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorgehen. Das sei in der Schweiz vielfach ein Tabuthema. «Wenn du träumst, träume gross.» Denn in der Realität würden die Träume immer zu einem kleinen Punkt. Auf ein Vorbild angesprochen, sagt Prezioso, dass ihre ältere Tochter Sophia ihr Vorbild sei. Sie sei eine Kämpferin, und sie habe Ausdauer. Das mache sie als Mutter sehr stolz. Draussen vor dem Haus trainiert die Tochter unermüdlich mit dem Springseil in der Dunkelheit.



GRAZIA PREZIOSO SIE TÜFTELT UND TANZT

Grazia Prezioso ist mit vier Geschwistern in Südtalien aufgewachsen. Sie machte eine Ausbildung als Elektrotechnikerin und begann ein Physikstudium. Während des Studiums lernte sie ihren Mann kennen. Mit ihm tanzt sie auch gerne Salsa und Bachata und diskutiert über Feminismus.

MAFIA. In Apulien wurde das Auto der Familie Prezioso von einer mafiösen Bande zerstört, weil sie sich gegen krumme Machenschaften ihres Arbeitgebers zur Wehr setzen wollten. Seither hat Prezioso wiederkehrende Panikkattacken. Grazia Prezioso lebt seit dreizehn Jahren in der Schweiz. Ihre ältere Tochter ist eine der besten Kunststrolschfahrerinnen der Schweiz.



KONTROLLE: Die Ventilatoren, die die Firma herstellt, bestehen aus vielen Komponenten. Und bevor diese zum Einsatz kommen, werden sie von Grazia Prezioso unter die Lupe genommen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, David Gallusser, Marius Käch, Maria Künzli, Paul Rechsteiner, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.